

261

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete

II A 5-81.10-94.27 VS-NfD

21. August 1968¹

Betr.: Sowjetischer Einmarsch in die Tschechoslowakei²;
hier: Gespräch mit dem amerikanischen Geschäftsträger

Der amerikanische Geschäftsträger, Mr. Fessenden, suchte mich heute um 8.30 Uhr auf, um mir das anliegende Schreiben zu übergeben³, das vom sowjetischen Botschafter Dobrynin am Abend des 20. August an den Präsidenten der Vereinigten Staaten übermittelt worden ist.⁴ Er bat um strenge Geheimhaltung⁵ des Textes, der nach amerikanischem Wunsch nicht an die Öffentlichkeit gelangen solle.

Mr. Fessenden brachte sodann folgende Bitten vor:

- 1) Die Bundesregierung möge sicherstellen, daß die Bundeswehr vom Grenzgebiet zurückgezogen würde. Die Aufnahme von Flüchtlingen solle nach Möglichkeit durch Bundesgrenzschutz und örtliche Polizei erfolgen.
- 2) Die amerikanische Regierung bitte um schnellen Informationsaustausch über alle Ereignisse an der Demarkationslinie zur DDR sowie an der deutsch-

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastl am 23. August 1968 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Über H[err]n Dg II A Ref[er]at II A 6 m[it] d[em] Anheimstellen z[ur] weiteren Veranlassung zu der Randnotiz des H[err]n St.S.“ Vgl. Anm. 7.
Hat Ministerialdirigent Sahm am 26. August 1968 vorgelegen.

² Am Abend des 20. August 1968 überschritten 27 Divisionen aus der UdSSR, der DDR, Polen, Ungarn und Bulgarien die Grenzen der ČSSR. Im Rückblick berichtete der Erste Sekretär des ZK der KPC, Dubček, kurz vor Mitternacht sei Ministerpräsident Černík aus der Sitzung des Parteipräsidiums ans Telefon gerufen worden: „Verteidigungsminister General Džúr teilte ihm mit, die Sowjets und vier ihrer Verbündeten seien einmarschiert. Černík erfuhr außerdem, daß Džúr in seinem Büro im Verteidigungsministerium von den Sowjets gefangengenommen worden war und nur die Erlaubnis bekommen hatte, den Ministerpräsidenten anzurufen und ihn über die Invasion zu informieren. Černík kam zurück und überbrachte uns die Nachricht. Sie schlug ein wie eine Bombe. [...] Kurz vor neun stürzten sieben oder acht sowjetische Fallschirmjäger und ein oder zwei niedrigere Offiziere in mein Büro und schlossen und blockierten die Fenster und Verbindungstüren. Es war wie bei einem bewaffneten Raubüberfall.“ In einem anderen Büro des Gebäudes des ZK „warteten mehrere sowjetische Offiziere sowie einige Zivilisten auf uns, ‚Freiwillige‘ unserer eigenen Staatssicherheit, wie sich herausstellte, die uns festnehmen sollten. Einer von ihnen sagte mit monotoner Stimme wie ein Laienschauspieler: ‚Ich verhafte Sie im Namen der von Genosse Indra geführten Arbeiter- und Bauernregierung.‘“ Vgl. DUBČEK, Leben, S. 261 und S. 267 f.

³ Dazu handschriftliche Bemerkung des Ministerialdirektors Ruete: „Schreiben wurde getrennt vorgelegt.“

⁴ Für den Wortlaut des Schreibens, das der sowjetische Botschafter in Washington, Dobrynin, im Gespräch mit Präsident Johnson verlas, vgl. FRUS 1964–1968, XVII, S. 237 f.

Im Rückblick notierte Dobrynin über das Gespräch mit Johnson: „President Johnson listened carefully, but apparently he did not immediately appreciate the significance of the news. Much to my surprise he did not react to it at all, just thanked me for the information and said that he would probably discuss the statement with Rusk and others the next morning and give us a reply, if need be.“ Vgl. ANATOLY DOBRYNIN: In Confidence. Moscow's Ambassador to America's Six Cold War Presidents (1962–1986), New York 1995, S. 180.

⁵ Die Wörter „strenge Geheimhaltung“ wurden von Staatssekretär Duckwitz hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Jetzt überall bekannt.“

tschechischen Grenze. Sie bitte, auch an der Demarkationslinie mit größter Vorsicht zu verfahren.

3) Die Situation in Berlin sowie auf den Zugangswegen solle von amerikanischer Seite her nicht negativ beeinflusst werden. Man wolle die Dinge dort so normal wie möglich handhaben. Sie hoffe, daß Bundesregierung und Berliner Senat dabei behilflich seien. Auch in dieser Angelegenheit erbitte die amerikanische Regierung einen engen Informationsaustausch.

4) Die amerikanische Regierung bitte, daß die zuständige deutsche Grenzpolizei den Zulauf von Neugierigen an der Grenze unterbinde und daß insbesondere die bayerische Grenzpolizei den amerikanischen Verbindungsoffizieren laufend Berichte über die Lage mitteile.

5) Der NATO solle gesagt werden, daß die deutsche und die amerikanische Regierung angesichts der jüngsten Entwicklung die Grenzsicherheitsabsprachen erörtert und erneuert hätten.

Ich sagte dem amerikanischen Geschäftsträger, daß die von ihm übermittelten Wünsche praktisch den bisher getroffenen Absprachen entsprächen und daß wir uns mit den zuständigen Ressorts in Verbindung setzen würden, um Entsprechendes zu veranlassen.

Ich habe die Mitglieder des Krisenstabes Tschechoslowakei⁶ von den amerikanischen Bitten unterrichtet und veranlaßt, daß die Ressorts benachrichtigt werden.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär⁷ mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Ruete

Referat II A 5, Bd. 1042

⁶ Am 21. August 1968 wurde im Auswärtigen Amt eine Arbeitsgruppe ČSSR gebildet. Außerdem beschloß das Bundeskabinett die Einrichtung eines Informationsstabs ČSSR aus Vertretern des Auswärtigen Amtes, der Bundesministerien des Innern und der Verteidigung, des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, des Bundesnachrichtendienstes, des Bundesamts für Verfassungsschutz sowie der Landesvertretung Bayern. Vgl. dazu den Hauserlaß des Ministerialdirektors Federer; VS-Bd. 1393 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1968. Vgl. ferner die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kastl; Referat II A 5, Bd. 1042.

⁷ Hat Staatssekretär Duckwitz am 21. August 1968 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Ruete vermerkte: „Genau das Gleiche haben zur gleichen Stunde die Amerikaner im Bundeskanzleramt mitgeteilt. Es wäre vielleicht an der Zeit, den Amerikanern zu erklären, daß es wirkungsvoller ist, Mitteilungen dieser Art nur an einer Stelle zu machen. Besonders wenn es sich um ‚vertrauliche‘ Mitteilungen handelt.“

Dazu vermerkte Ruete handschriftlich am 26. August 1968: „Wird bei Gelegenheit geschehen!“

262

Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem amerikanischen Botschafter Cabot Lodge

Z A 5-57.A/68 geheim

21. August 1968¹

Der Herr Bundeskanzler empfing am 21. August 1968 um 12.15 Uhr den amerikanischen Botschafter Cabot Lodge zu einem Gespräch, bei dem Staatssekretär Professor Carstens, der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeskanzleramt², MD Dr. Osterheld sowie Botschaftsrat Dean anwesend waren.

Der Herr *Bundeskanzler* bezeichnete die jüngsten Ereignisse in der Tschechoslowakei als ernst und schlimm. Um 14.00 Uhr werde er mit Botschafter Zarapkin auf dessen Wunsch zusammentreffen.³ Zarapkin habe mit Studenten Schwierigkeiten gehabt, die ihn am Verlassen seiner Botschaft gehindert hätten.⁴ Im übrigen besitze er auch keine Nachrichten, die dem Botschafter nicht auch bekannt seien. Bisher seien keine Flüchtlinge eingetroffen, und die Grenzübergänge seien noch offen.

Der *Botschafter* sagte, Außenminister Rusk habe am 20. August um 23.30 Uhr Ortszeit den sowjetischen Botschafter Dobrynin empfangen⁵ und ihm erklärt, die Botschaft, die die sowjetische Regierung dem Präsidenten übermittelt habe⁶, sei von der amerikanischen Regierung mit tiefer Besorgnis aufgenommen worden. Über gewisse Punkte, hinsichtlich derer man sich nicht ausreichend unterrichtet fühle, bestehe Unklarheit. Die amerikanische Regierung verstehe nicht die Bezugnahme auf das Ersuchen der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik um Unterstützung durch militärische Streitkräfte seitens der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten⁷, da von

¹ Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 21. August 1968 gefertigt.

² Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg.

³ Vgl. Dok. 263.

⁴ Am 21. August 1968 notierte Botschafter Schwarzmann, der sowjetische Gesandte Bondarenko habe angerufen, um mitzuteilen, „daß die Botschaft ‚an der Ausführung ihrer Tätigkeit‘ sehr behindert sei. Eine große Menge von Leuten demonstrierte vor dem Gebäude, und viele Leute ‚würfen mit Tomaten und Steinen‘.“ Nach daraufhin eingeholten Informationen hätten am Vormittag etwa 300 Personen vor der Botschaft demonstriert: „Es seien in der Tat Tomaten geworfen worden. Steinwürfe konnte die Polizei nicht feststellen. Inzwischen seien aus Koblenz so starke Polizeieinheiten herangeführt worden, daß Beschädigungen der Botschaft verhindert werden würden. [...] Ein Wasserwerfer sei angefordert worden, so daß, falls sich die Zahl der Demonstranten (man rechnet mit etwa 5000 Personen) vergrößern und deren Haltung sich ändern würde, dieser eingesetzt werden könnte.“ Vgl. Referat II A 4, Bd. 761.

⁵ Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Rusk mit dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin, am 20. August 1968 vgl. FRUS 1964–1968, XVII, S. 245 f.

⁶ Für den Wortlaut vgl. FRUS 1964–1968, XVII, S. 237 f.

⁷ Während der Konferenz von Bratislava (Preßburg) am 3. August 1968 übergaben der Sekretär des ZK der KPČ, Indra, die Präsidiumsmitglieder Bilak, Kolder und Švestka sowie der Kandidat zum Präsidium des ZK, Kapek, dem Generalsekretär des ZK der KPdSU ein Schreiben, in dem ausgeführt wurde: „Das Wesen des Sozialismus selbst ist in unserem Land bedroht. Politische Mittel und die Mittel staatlicher Macht sind in unserem Land gegenwärtig schon in erheblichem Maße gelähmt. Die rechten Kräfte haben günstige Bedingungen für einen konterrevolutionären Umsturz geschaffen. In dieser schwierigen Lage wenden wir uns an Sie, die sowjetischen Kommunisten, die

Radio Prag verbreitet worden sei, daß der Einmarsch ohne Wissen des tschechoslowakischen Staatspräsidenten⁸, des Parlamentspräsidenten⁹ oder des Parteichefs¹⁰ erfolgt sei.¹¹ Ebenso wenig verstehe die amerikanische Regierung den Hinweis auf äußere Kräfte der Aggression, welche die in der Tschechoslowakei bestehende Ordnung umstürzen wollten. Die amerikanische Regierung unterstütze keine Kräfte dieser Art und sei auch an keinem Versuch einer Aggression beteiligt. Außenminister Rusk habe den sowjetischen Botschafter darüber unterrichtet, daß die amerikanische Regierung vorerst öffentlich nur erklären werde, der Präsident habe bei einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats¹² Außenminister Rusk beauftragt, mit Botschafter Dobrynin die Lage zu erörtern. Weitere Einzelheiten über die Unterredung beabsichtige man vorerst nicht zu veröffentlichen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, die Bundesregierung habe am Vormittag eine etwas schärfere Erklärung abgegeben.¹³ Das deutsche Volk hätte es nicht verstanden, wenn man nur festgestellt hätte, daß die Dinge nun einmal passiert seien, um so weniger, als bekannt geworden sei, daß der Einmarsch sowjetischer Streitkräfte ohne Wissen und Wunsch der tschechischen Regierung erfolgt sei. Er nehme an, daß über kurz oder lang die amerikanische Regierung auch etwas sagen werden müsse.

Der *Botschafter* erwiderte, daß dies auch sein persönlicher Eindruck sei.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, man werde sich keiner stärkeren Sprache bedienen, doch könne man die Parteien nicht daran hindern, ihrerseits Erklärungen abzugeben. Er habe aber den Herren von den Parteien gesagt, daß vermieden werden sollte, daß allzu viele Erklärungen abgegeben würden, doch werde dies natürlich nicht in vollem Umfange gelingen. Man werde die Dinge weiter beobachten und stehe auch in Verbindung mit den entsprechenden Stellen der NATO. Er könne sich nicht denken, daß irgendeine Aktion außerhalb der Tschechoslowakei von der Sowjetunion beabsichtigt sei. Man müsse aber damit rechnen, daß die Bundesrepublik wie so oft als Prügelknabe herhalten müsse, und es werde sicher wieder behauptet, wir hätten versucht, ein Komplott anzuzetteln. Dies sei aber nicht der Fall, im Gegenteil, man habe sich sehr sorgfältig davor gehütet, den Eindruck zu erwecken, als wolle man in ir-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1029

führenden Vertreter der KPdSU und der UdSSR, mit der Bitte, uns mit allen Mitteln, die Ihnen zur Verfügung stehen, wirksame Unterstützung und Hilfe zu gewähren. Nur mit Ihrer Hilfe ist es möglich, die ČSSR der drohenden Gefahr einer Konterrevolution zu entreißen. Wir sind uns darüber im klaren, daß für die KPdSU und die UdSSR dieser letzte Schritt zur Verteidigung des Sozialismus in der ČSSR nicht leicht sein wird. Deshalb werden wir mit all unseren eigenen Mitteln kämpfen. Aber für den Fall, daß unsere Kräfte und Fähigkeiten erschöpft sein oder keine positiven Ergebnisse schaffen sollten, so betrachten Sie diese unsere Erklärung als nachdrückliche Bitte und Verlangen nach Ihrem Eingreifen und allseitiger Hilfe.“ Vgl. PRAG 1968, S. 196 f.

⁸ Ludvík Svoboda.

⁹ Josef Smrkovský.

¹⁰ Alexander Dubček.

¹¹ Vgl. dazu die Erklärung der tschechoslowakischen Regierung sowie die Verlautbarung des Präsidiums des ZK der KPČ vom 21. August 1968; EUROPA-ARCHIV, D 432 f.

¹² Für eine Aufzeichnung über die Sitzung des amerikanischen Nationalen Sicherheitsrates am 20. August 1968 vgl. FRUS 1964–1968, XVII, S. 242–245.

¹³ Der stellvertretende Regierungssprecher Ahlers bezeichnete am 21. August 1968 die Intervention von Staaten des Warschauer Pakts in der ČSSR als „eine völkerrechtswidrige Aktion und eine unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Tschechoslowakei“. Vgl. DZD V/2, S. 1103.

gendeiner Form sich einmischen. So habe er selbst veranlaßt, daß Besuche von Politikern in die Tschechoslowakei verhindert würden, nachdem die Opposition damit einen Anfang gemacht habe.¹⁴ Desgleichen habe er Herrn Brandt als Vorsitzenden der SPD darum gebeten, seinen Einfluß in dieser Richtung geltend zu machen. Außerdem habe er das Manöver „Schwarzer Löwe“ zurückverlegt¹⁵ und alles getan, um keine zusätzlichen Schwierigkeiten von außen her zu schaffen. Der Herr Bundeskanzler fragte den Botschafter, ob er Nachrichten darüber besitze, wie es zu der Aktion der Sowjets gekommen sei.

Auf die Antwort des *Botschafters*, er besitze keine Informationen hierüber, sondern sei durch die Vorgänge völlig überrascht worden, entgegnete der Herr *Bundeskanzler*, ihn habe es nicht so sehr überrascht, denn er habe immer befürchtet, daß etwas Derartiges geschehen könnte. Seiner Ansicht nach könnten und wollten es die Leute in Moskau nicht zulassen, daß sich ein Land von der orthodoxen Ideologie zu weit entferne. Einige Gesetzgebungsmaßnahmen der Tschechen seien für die orthodoxen Kommunisten nicht akzeptabel gewesen. In Rumänien sei nichts Vergleichbares geschehen.

Der *Botschafter* wies darauf hin, daß die geographische Lage der Rumänen auch nicht so exponiert sei.

Der Herr *Bundeskanzler* hielt dem entgegen, daß die Russen wahrscheinlich ebenso reagiert hätten wie jetzt, wenn etwas Ähnliches in Rumänien eingetreten wäre, weil die hieraus entstehende Gefahr für die Sowjets zu groß sei.

Der *Botschafter* bemerkte, daß die Sowjets das gesamte wirtschaftliche, politische und militärische System in ihrer Hand haben müßten, weil es sonst einfach nicht funktioniere.

Nach Auffassung des Herrn *Bundeskanzlers* hätte eine Tendenz zu größerer Unabhängigkeit wie im Falle Rumäniens die Russen nicht zu einer Intervention veranlaßt. Die ideologische Entwicklung in der Tschechoslowakei sei seiner Ansicht nach der Hauptgrund für das russische Eingreifen gewesen. Es wäre für ihn interessant zu wissen, wie die Amerikaner die Lage analysierten.

Der *Botschafter* sagte zu, den Herrn Bundeskanzler darüber zu unterrichten. Das Verhalten der Bundesregierung bezeichnete er als absolut einwandfrei, sowohl in Worten wie in Taten. Er sei neugierig, was Zorapkin sagen werde.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er werde den Botschafter über seine Unterredung unterrichten. Es sei ihm wichtig gewesen, zuerst mit dem Botschafter zusammenzutreffen, ehe er Zorapkin sehe.

Der *Botschafter* sagte, wie man gehört habe, solle in Moskau die Mehrheit derjenigen, die für ein militärisches Eingreifen gewesen seien, nur sehr klein gewesen sein. Wie in Ungarn habe er auch jetzt den Eindruck, daß sich die Militärs durchgesetzt hätten. Für Moskau gehe es nur um Machtpolitik.

Abschließend erkundigte sich der Herr *Bundeskanzler* nach dem Gesundheitszustand von General Eisenhower.

¹⁴ Der Vorsitzende der FDP, Scheel, hielt sich in Begleitung seines Stellvertreters Genscher vom 12. bis 17. Juli 1968 in der ČSSR auf. Vgl. dazu Dok. 223.

¹⁵ Vgl. dazu Dok. 231, Anm. 12.

Der *Botschafter* bezeichnete ihn als sehr ernst, wenngleich Eisenhower offensichtlich sei, seinen Humor nicht verloren habe und seine geistigen Fähigkeiten unbeeinträchtigt seien.

Das Gespräch endete um 12.40 Uhr.

Bundeskanzleramt: AZ: 21-30 100 (56), Bd. 28

263

Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem sowjetischen Botschafter Zorapkin

Z A 5-56.A/68 geheim

21. August 1968¹

Der Herr Bundeskanzler empfing am 21. August 1968 um 14 Uhr den sowjetischen Botschafter Zorapkin zu einer Unterredung, um die der Botschafter nachgesucht hatte. An der Unterredung nahmen auf deutscher Seite der Staatssekretär des Bundeskanzleramts, Prof. Dr. Carstens, der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Baron von Guttenberg, und Ministerialdirektor Dr. Osterheld teil. Der Botschafter wurde vom 1. Botschaftssekretär Barmitschew begleitet.

Botschafter *Zorapkin* sagte einleitend, er sei von Moskau beauftragt worden, dem Herrn Bundeskanzler persönlich mündlich eine Erklärung der sowjetischen Regierung zu übermitteln. Anschließend verlas er den Wortlaut der Erklärung.

Anm. d. Dolmetschers: Die Übersetzung der in russischer Sprache gehaltenen Erklärung wurde dem Bundeskanzleramt bereits zugestellt.²

Der Herr *Bundeskanzler* dankte dem Botschafter für die Übermittlung der Erklärung und sagte, er wolle dazu zwei Bemerkungen machen. Erstens wolle er bemerken, daß zwischen den in der sowjetischen Erklärung enthaltenen Feststellungen, wonach die tschechoslowakische Regierung um Hilfe ersucht habe³, und den in Bonn vorliegenden Nachrichten aus Prag, denen zufolge das Präsidium der Nationalversammlung und das Präsidium des obersten Parteiorgans sowie andere Stellen gegen die Intervention protestiert hätten, da sie

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Buring gefertigt.

² Dazu handschriftliche Bemerkung des Ministerialdirektors Osterheld, Bundeskanzleramt: „Liegt bei.“

Die sowjetische Regierung erklärte u.a.: „Im Zusammenhang mit der weiteren Verschärfung der Lage, die infolge einer Verschwörung der äußeren und inneren Reaktion gegen die in der Tschechoslowakei bestehende Gesellschaftsordnung und die durch die Verfassung des Landes etablierte Staatsform eingetreten ist, hat sich die Regierung der Tschech[oslowakischen] Soz[ialistischen] Republik an mit ihr verbündete Staaten, darunter auch an die Sowjetunion, mit der Bitte gewandt, ihr direkte Hilfe einschließlich der Hilfe mit Streitkräften zu leisten.“ Vgl. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Nachlaß Kiesinger, Box 289; B 150, Aktenkopien 1968.

³ Vgl. dazu Dok. 262, Anm. 7.

gegen den Willen der Regierung und des Volkes erfolgt sei⁴, ein Widerspruch bestehe. Er hoffe jedoch, daß diese Widersprüche sich im Geiste der Erhaltung des internationalen Friedens klären würden. Die Bundesregierung und die Öffentlichkeit seien sehr besorgt über die Nachrichten aus Prag.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, er wolle in diesem Zusammenhang betonen, daß sich die Bundesregierung in den vergangenen Wochen und Monaten streng an das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten gehalten habe. Die von gewissen Stellen geäußerten Vermutungen, die Bundesrepublik versuche einen Keil zwischen die Tschechoslowakei und die anderen Warschauer-Pakt-Staaten zu treiben⁵, entbehrten jeder Grundlage.

Seine zweite Bemerkung beziehe sich auf die in der Erklärung enthaltene Formulierung „äußere und innere Reaktion“. Er sei besorgt, daß der Hinweis auf von außen wirkende reaktionäre Kräfte unter Umständen auf die Bundesrepublik gemünzt sein könnte.

Botschafter *Zorapkin* sagte zu der ersten Bemerkung des Herrn Bundeskanzlers, die vorliegende Erklärung sei eine offizielle Erklärung der sowjetischen Regierung, sie entspreche den Tatsachen, und ihr Inhalt dürfe nicht in Zweifel gestellt werden.

Zu der zweiten Bemerkung des Herrn Bundeskanzlers sagte er, daß es in letzter Zeit in der Tat Presseveröffentlichungen und Erklärungen gegeben habe, die bei der Formulierung „innere und äußere Reaktion“ eine Rolle gespielt haben dürften. Der Botschafter las nun noch einmal den entsprechenden Satz aus der Erklärung vor. Anschließend sagte er, daß es sich hierbei seiner Ansicht nach um einen Punkt handle, der nicht in dieses Gespräch gehöre. Die Tatsache des Bestehens von außen wirkender reaktionärer Kräfte sei bekannt. Er wolle jedoch heute die Diskussion darüber nicht vertiefen.

Der Botschafter fuhr fort und sagte, er wolle den Herrn Bundeskanzler auf die Stelle der Erklärung hinweisen, wo es heiße, die sowjetische Regierung wünsche, daß der Herr Bundeskanzler die gegenwärtigen Ereignisse richtig verstehe. Anschließend zitierte er einige Sätze aus dem letzten Absatz der Erklärung.⁶ Er hoffe, daß durch diese Sätze die Besorgnis des Herrn Bundeskanzlers zerstreut werde.

⁴ Vgl. dazu die Note der tschechoslowakischen Regierung vom 21. August 1968 an die sowjetische Regierung; EUROPA-ARCHIV 1968, D 431 f.

⁵ Das ZK der SED, der Staatsrat sowie der Ministerrat der DDR führten in einem Aufruf an die Bevölkerung der DDR am 21. August 1968 aus: „Für jeden Bürger der DDR wird beim Blick auf die Landkarte verständlich, daß für unsere Republik und für die anderen sozialistischen Bruderländer eine unerträgliche Lage geschaffen worden wäre, wenn die insbesondere vom westdeutschen Imperialismus inspirierten antisozialistischen Kräfte vom Süden, also von unserer Flanke her, ihre konterrevolutionäre Tätigkeit hätten betreiben können.“ Vgl. DZD V/2, S. 1108.

⁶ Im letzten Absatz der sowjetischen Erklärung wurde ausgeführt: „Wir möchten, daß Sie, Herr Bundeskanzler, die gegenwärtigen Ereignisse richtig verstehen. Unsere Aktionen sind gegen keinen Staat gerichtet und schmälern in keiner Weise die staatlichen Interessen irgendeines Landes. Diese Aktionen sind voll und ganz von der Sorge um die Festigung des Friedens diktiert angesichts der gefährlichen Zunahme der Spannung, die den sozialistischen Ländern keine Wahl gelassen hat. Wir gehen davon aus, daß die gegenwärtigen Ereignisse den Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland, deren Entwicklung die sowjetische Regierung wie bisher große Bedeutung beimißt, keinen Schaden zufügen sollten.“ Vgl. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Nachlaß Kiesinger, Box 289; B 150, Aktenkopien 1968.

Was in diesem Zusammenhang das Verhältnis der Sowjetunion zur Bundesrepublik Deutschland betreffe, so verweise er auf den letzten Satz der Erklärung. Anschließend zitierte er diese Stelle.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, als Regierungschef nehme er die am Schluß der Erklärung enthaltene Feststellung mit Befriedigung zur Kenntnis.

Er habe dem Botschafter die angesichts der widersprüchlichen Meldungen aus Prag aufgekommene ernste Besorgnis der Bundesregierung mitgeteilt. Die Bundesregierung beabsichtige indes nicht, ihre Beziehungen zur Sowjetunion zu verschlechtern. Die Sorgen, die er und die Bundesregierung angesichts der jüngsten Entwicklung hätten, dürften dem Botschafter gewiß verständlich sein. Es sei jedoch hier nicht der Ort, um die Diskussion über diese Fragen fortzusetzen. Er hoffe jedoch, daß durch die Entwicklung der Ereignisse in der Tschechoslowakei der Frieden in Europa nicht gefährdet werde.

Botschafter *Zarapkin* erwiderte, in der Erklärung werde ja betont, die sowjetischen Aktionen dienten ja gerade dem Zweck, den Frieden und die Sicherheit in Europa zu festigen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte abschließend, er bedaure, daß gewisse Studentengruppen dem Botschafter heute vormittag einige Schwierigkeiten bereitet hätten.⁷ Die Bundesregierung mißbillige natürlich derartige Aktionen. Die Polizei sei angewiesen worden, dafür zu sorgen, daß es keine weiteren Störungen mehr gebe.

Botschafter *Zarapkin* dankte dem Bundeskanzler für diese Mitteilung und bat anschließend, sich für einige Wochen verabschieden zu dürfen, da er in den nächsten Tagen einen längeren Urlaub antreten wolle.

Das Gespräch dauerte etwa 20 Minuten.

Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Nachlaß Kiesinger, Box 289

⁷ Vgl. dazu Dok. 262, Anm. 4.

264

Botschafter Freiherr von Braun, Paris, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 2001
Cito

Aufgabe: 21. August 1968, 19.05 Uhr
Ankunft: 21. August 1968, 20.11 Uhr

Im Anschluß an Nr. 192321¹

Betr.: Tschechoslowakei

Generalsekretär Alphand, den ich heute aufsuchte, kurz nachdem er den gerade aus Colombey-les-deux-églises zurückgekehrten Debré gesprochen hatte, gab mir von den Ereignissen der vergangenen Nacht folgende Schilderung:

Sorin habe kurz nach ein Uhr General de Gaulle zu sprechen gewünscht und, als sich dies als undurchführbar erwies, den Generalsekretär im Elysée, Tricot, um 1.30 Uhr aufgesucht. Diesem habe er mündlich (zum Unterschied von London und Washington, wo Schriftstücke übergeben worden seien) erklärt, die „legitimen Behörden“ der Tschechoslowakei hätten sich an ihre Freunde in der Allianz gewandt und bei diesen Hilfe gegen „konterrevolutionäre Gefahren“ erbeten, denen die Entwicklung in der Tschechoslowakei ausgesetzt sei und denen man begegnen müsse.² Im Gegensatz zu Washington und London habe der sowjetische Botschafter in Paris nicht von „äußeren Gefahren“ gesprochen. Auf diese Bitte hätten die befreundeten Kräfte, darunter diejenigen der Sowjetunion, Auftrag erhalten, die tschechoslowakische Grenze zu überschreiten. Er, Sorin, habe Auftrag, dies der französischen Regierung mitzuteilen und um deren Verständnis für diese Aktion zu bitten, „die ja im Interesse der Entspannung liege“.

Tricot habe sich auf zwei Gegenfragen beschränkt:

- Wann hätten die „legitimen tschechoslowakischen Behörden“ ihre Bitte geäußert?
- Hätten die bewaffneten Kräfte die tschechoslowakische Grenze bereits überschritten?

Auf beide Fragen habe Sorin geantwortet, er wisse es nicht. General de Gaulle sei alsbald unterrichtet worden und habe Premierminister Couve de Murville (in Chamonix) und Außenminister Debré (an der Atlantikküste) zu sich nach Colombey bestellt. Das Ergebnis der Besprechung mit diesen sei in dem Communiqué des Elysée (siehe Vorbericht) enthalten, dessen Sprache unmißver-

¹ Botschafter Freiherr von Braun, Paris, übermittelte am 21. August 1968 das Communiqué des französischen Präsidialamts zu den Ereignissen in der ČSSR: „L'intervention armée de l'Union soviétique en Tchécoslovaquie montre que le gouvernement de Moscou ne s'est pas dégagé de la politique des blocs, qui a été imposée à l'Europe par l'effet des accords de Yalta, qui est incompatible avec le droit des peuples à disposer d'eux-mêmes et qui n'a pu et ne peut conduire qu'à la tension internationale. La France, qui n'a pas participé à ces accords et qui n'adopte pas cette politique, constate et déplore le fait que les événements de Prague, outre qu'ils constituent une atteinte aux droits et au destin d'une nation amie, sont de nature à contrarier la détente européenne telle qu'elle la pratique elle-même et s'efforce d'y engager les autres et qui, seule, peut assurer la paix.“ Vgl. Referat IIA 5, Bd. 1041.

² Vgl. dazu Dok. 262, Anm. 7.

ständig und deutlich sei und in dem Frankreich sich erneut gegen Blockbildung und für Entspannung ausgesprochen und seine freundschaftlichen Bande zur Tschechoslowakei betont habe.

Alphand wies mich noch darauf hin, daß die Bundesregierung im letzten Satz des Kommuniqués gemeint sei, in dem von „anderen“ gesprochen wird, die ebenso wie Frankreich die Entspannung betrieben.

Auf meine Frage, was nach seiner Ansicht geschehen werde, sagte Alphand: „nichts“. Ein Atomkrieg könne wegen dieser Angelegenheit nicht riskiert werden. Den UN-Sicherheitsrat damit zu befassen, was offenbar von dessen brasilianischem Präsidenten³ erwogen werde, führe auch zu nichts – höchstens platonische Erklärungen seien denkbar, die noch dazu von den Sowjets votiert würden.⁴ Folgen würden dagegen auf ganz anderen Gebieten eintreten, insbesondere innenpolitische. Erstmals habe sich die sonst so moskau-hörige KPF von einer sowjetischen Aktion in außergewöhnlich scharfer Sprache distanziert.⁵ In Italien sei ähnliches geschehen.⁶ Er würde sich nicht wundern, wenn der sowjetische Akt die Spannungen innerhalb der kommunistischen Parteien – in nationale, sowjethörige und chinahörige Gruppierungen – vertiefen und zwischen ihnen neue Brüche hervorrufen würde.

Die Konsequenzen in Amerika, wenige Tage vor dem demokratischen Kongreß⁷, seien nicht abzusehen. Sollte Johnson seine Kandidatur wieder aufnehmen wollen, so würde sie jetzt erheblichen Auftrieb erfahren.

Über einzelne Vorgänge sei der Quai zur Zeit auch nicht besser unterrichtet als die Agenturen. Alphand versprach mir aber Unterrichtung, sobald Neues anfalle.

Außenminister Debré, der nur heute in Paris war, kehrt morgen wieder an seinen Urlaubsort zurück. Premierminister Couve de Murville ist von Colombey-les-deux-églises auf direktem Wege nach Chamonix zurückgefahren.

[gez.] Braun

VS-Bd. 1393 (II A 7)

³ João Augusto de Araujo Castro.

⁴ Zur Debatte im UNO-Sicherheitsrat über die Lage in der ČSSR vgl. Dok. 268, Anm. 3.

⁵ Das Politbüro der Kommunistischen Partei Frankreichs brachte am 21. August 1968 „seine Überraschung und seine Mißbilligung“ hinsichtlich der militärischen Intervention in der ČSSR zum Ausdruck. Probleme zwischen kommunistischen Parteien müßten durch bilaterale und multilaterale Gespräche gelöst werden, „in der Achtung vor der Souveränität jedes Landes, vor der freien Entscheidung jeder Partei und im Geist des proletarischen Internationalismus“. Vgl. OST-PROBLEME 1968, Heft 19, S. 450.

⁶ Die Kommunistische Partei Italiens wandte sich gegen die Intervention in der ČSSR, die „sich nicht mit den Grundsätzen der Selbständigkeit und Unabhängigkeit jeder kommunistischen Partei“ verträge. Vgl. den Artikel „Italienische KP: Intervention ungerechtfertigt“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 194 vom 22. August 1968, S. 5.

⁷ Der Konvent der Demokratischen Partei fand vom 26. bis 30. August 1968 in Chicago statt.

265

Botschafter von Lilienfeld, Teheran, an das Auswärtige Amt

Z B 6 - 14931/68 geheim
Fernschreiben Nr. 233

22. August 1968¹

Aufgabe: 23. August 1968, 09.45 Uhr

Ankunft: 24. August 1968, 07.01 Uhr

Betr.: Besuch bei Ministerpräsident Hoveyda

Bezug: DB Nr. 220 vom 21.8. geh.²

I. Der Ministerpräsident empfing mich heute zu einem einstündigen Gespräch, das ebenfalls sehr offen und von ihm aus unter Erinnerung an unsere gemeinsam in Ankara verbrachte Zeit³ betont freundschaftlich verlief. Er bat mich, dem Bundeskanzler seine besonderen Grüße zu übermitteln und ihm zu sagen, daß er den bevorstehenden Besuch⁴ in jeder Weise dessen Wünschen anpassen möchte. Insbesondere bereite auch ein Besuch des Kaspischen Meeres keinerlei Schwierigkeiten; er könne seine drei kleinen Maschinen, aber auch eine größere zur Verfügung stellen. Die einzige Schwierigkeit sei vielleicht das Wetter, so daß man das Programm im einzelnen flexibel halten müsse. – Der Schah⁵ wie auch er, Hoveyda, legten großen Wert auf eine eingehende Erörterung der Weltlage, wie sie sich durch die Ereignisse in der Tschechoslowakei gestaltet habe. Im iranisch-deutschen Verhältnis sehe er keine Probleme mehr, sondern große Möglichkeiten für eine stärkere deutsche Einschaltung, insbesondere in der wirtschaftlichen Erschließung und der technischen Ausbildung. Gerade auf letzterem Gebiet erhoffe er sich von uns sehr viel. Ich sagte ihm, daß sowohl auf Seiten der Bundesregierung wie auch gerade bei der deutschen Industrie das Interesse an einer größeren aktiven Beteiligung im Iran sehr stark sei und daß von Seiten der deutschen Industrie bereits eine Reihe von Untersuchungen und Planungen vorlägen.

II. 1) Den russischen Einmarsch in der Tschechei verurteilte Hoveyda mit scharfen Worten. Der russische Botschafter⁶ habe ihn gestern vormittag – ähnlich wie in anderen Hauptstädten der Welt – davon unterrichtet, daß er auf „Ersu-

¹ Hat Vortragendem Legationsrat Hauthal am 26. August 1968 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Gehlhoff verfügte.

Hat Gehlhoff am 29. August 1968 vorgelegen.

² Korrigiert aus: „22.8. geh.“

Botschafter von Lilienfeld berichtete am 21. August 1968 über ein Gespräch mit dem iranischen Außenminister. Zahedi habe betont, der Iran „lege nach wie vor größten Wert auf starke deutsche Beteiligung an der wirtschaftlichen und technischen Erschließung. Das Land habe große wirtschaftliche Möglichkeiten und bekomme auch genügend Kapital, jedoch fehlten Menschen mit Kenntnissen und Erfahrung.“ Vom bevorstehenden Besuch des Bundeskanzlers Kiesinger erhoffe er sich „konkrete Resultate“. Vgl. VS-Bd. 8939 (Prot 1); B 150, Aktenkopien 1968.

³ Georg von Lilienfeld war von 1957 bis 1961 Botschaftsrat in Ankara. Amir Abbas Hoveyda war dort 1957/1958 iranischer Botschaftsrat.

⁴ Bundeskanzler Kiesinger besuchte den Iran vom 9. bis 12. September 1968. Zum Gespräch mit Schah Reza Pahlavi sowie Ministerpräsident Hoveyda vgl. Dok. 295.

⁵ Mohammad Reza Pahlavi.

⁶ Grigorij Titowitsch Sajzew.

chen“ der tschechischen Regierung erfolgt sei. Nachdem inzwischen der Fünf-Punkte-Text der tschechischen Regierung⁷ veröffentlicht war, habe er am Nachmittag den Botschafter nochmals darauf angesprochen. Dieser habe dann die Formulierung gebraucht, daß es sich um „einzelne Gruppen“ in der tschechischen Regierung und in der tschechischen Parteiführung gehandelt habe.⁸ Obgleich das russische Vorgehen bei Regierung und Öffentlichkeit einen starken Schock hervorgerufen habe, werde die persische Regierung offiziell nicht Stellung nehmen, da sie sowieso nicht in der Lage sei, etwas zu ändern, und ihre eigenen Beziehungen zu den Sowjets nicht unnötig belasten wolle. Dem Botschafter habe er jedoch seine Sorge über die Auswirkung sowie darüber zum Ausdruck gebracht, daß die Sowjetunion mit diesem Vorgehen ihre in den letzten Jahren aufgebaute Vertrauensbasis in der Welt gefährde und die Bemühungen anderer Regierungen, so auch der unseren, um eine echte Entspannung erheblich erschwere. Seine persönliche Erklärung ging dahin, daß die Sowjets befürchtet hätten, daß ein mögliches Übergreifen der Entwicklung in der Tschechei auch auf die Zone den Status quo in Europa gefährdet und damit eine untragbare Belastung der sowjetischen Position mit sich gebracht hätte. Dies hätte sie zur Aufgabe jeder Rücksichtnahme veranlaßt. Er glaube, daß die Sowjets so maßvoll wie möglich vorgehen würden. In diesem Zusammenhang teilte er vertraulich mit, daß der Schah vorhabe, am 24. September die SU zu besuchen.⁹ Gerade im Hinblick hierauf lege der Schah großen Wert auf ein offenes Gespräch mit dem Bundeskanzler. Ich unterrichtete Herrn Hoveyda über das heute durch Funk und dpa mir bekannt gewordene Gespräch des Bundeskanzlers mit dem sowjetischen Botschafter¹⁰ und die Stellungnahme der Bundesregierung¹¹.

2) Zum Besuch des Bundeskanzlers betonte auch Hoveyda die Bereitwilligkeit der iranischen Seite, die alten Verstimmungen beiseite zu schieben und einen neuen Anfang zu machen. Er lege großen Wert auf eine starke deutsche Einschaltung in Iran. Er nannte dabei Ausbildungshilfe und private Investitionen der deutschen Wirtschaft an erster Stelle. Das Land habe gesicherte Einkünfte aus dem Ölexport, die in den nächsten Jahren noch steigen würden. (Zum 1. Mai werde jetzt auch direkt nach den USA geliefert werden.) Es fehle jedoch an er-

⁷ Am 21. August 1968 forderte die tschechoslowakische Regierung in einem Aufruf an die Bevölkerung den „sofortigen Abzug der Truppen der fünf Staaten des Warschauer Vertrags, seine Einhaltung und die volle Respektierung der staatlichen Souveränität der Tschechoslowakei“, die Einstellung aller bewaffneten Aktionen, die „sofortige Schaffung normaler Bedingungen für die Tätigkeit der tschechoslowakischen verfassungsmäßigen und politischen Organe, die Aufhebung der Internierung einzelner Mitglieder dieser Organe, damit diese ihre Tätigkeit wieder aufnehmen können“, und die „sofortige Einberufung der gesamten Nationalversammlung“. Die Bevölkerung wurde dazu aufgerufen, nicht zuzulassen, „daß an der Spitze unserer Republik auf irgendeine andere Weise eine andere Regierung eingesetzt wird als die, die unter freien demokratischen Bedingungen unter Einhaltung aller Grundsätze unserer Verfassung berufen worden ist“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 432 f.

⁸ Vgl. dazu Dok. 262, Anm. 7.

⁹ Schah Reza Pahlevi hielt sich vom 24. September bis 4. Oktober 1968 in der UdSSR auf.

¹⁰ Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem sowjetischen Botschafter Zarparkin am 21. August 1968 vgl. Dok. 263.

¹¹ Zur Erklärung des stellvertretenden Regierungssprechers Ahlers vom 21. August 1968 vgl. Dok. 262, Anm. 13.

fahrenen Führungs- und Arbeitskräften. Hier könne Deutschland in der Ausbildung und in gemeinsamer Forschung sehr helfen.

Eine Beteiligung der deutschen Wirtschaft an der Finanzierung einzelner Vorhaben würde es erleichtern, die Erschließung des Landes voranzutreiben, ohne seine konservative Finanzierungspolitik ändern zu müssen. Er sehe große Möglichkeiten auf landwirtschaftlichem, aber auch industriellem Gebiet. Er kam dann auf das bekannte Projekt zurück, einer deutschen Firma für etwa zwanzig Jahre Land, Wasser und Elektrizität zu Erstellung einer Obstkonservenanlage zur Verfügung zu stellen, die die Regierung später kaufen oder in die sie als Partner eintreten würde. Das gleiche [gelte] für einen Dammbau oder auf dem Gebiet der Telekommunikation. Er verfüge im 4. Plan über 11 Milliarden Dollar, die aber festgelegt seien. Für den 5. Plan erwarte er sich sehr viel größere Summen, die Zwischenstufe müsse jedoch überbrückt werden. Viele derartige Projekte könnten besprochen werden.

Dem Besuch des Wirtschaftsministers Alikhani sowie des Chefs der Planorganisation Asfia und des Vorsitzenden der Industriekammer Ziai Ende September in Deutschland¹² komme große praktische Bedeutung zu. Er sei sehr dankbar für die Einladung dieser Herren durch uns.

Dem Gedanken einer deutschen Anleihe an den Iran stand Hoveyda wohlwollend gegenüber.

3) Die Möglichkeit von Waffenkäufen – insbesondere Panzern – erwähnte Hoveyda nur am Rande. Er erweckte nicht den Eindruck, daß er hieran ein vorrangiges Interesse hätte, sondern betonte, daß er Panzer auch von anderen Ländern erwerben oder später in Lizenz in Iran herstellen lassen könne.

Es gebe so viele andere Gebiete der deutschen Mitwirkung, daß man solche u. U. politisch prekären Projekte auch ruhig beiseite lassen könne. – Zu diesem Punkte werde ich noch zusammenfassend berichten.¹³

4) Ein weiteres Thema sei die Universitätsreform, bei der wir vielleicht auch mitwirken könnten. Ich wies Hoveyda auf das besondere Interesse des Bundeskanzlers an dieser Frage, aber auch auf die Schwierigkeiten hin, die wir selbst zu Hause hätten.

III. Zum Schluß betonte Hoveyda nochmals die Bereitwilligkeit zu enger und vertrauensvoller Zusammenarbeit mit uns und seine Zuversicht, für eine günstige Weiterentwicklung des deutsch-iranischen Verhältnisses.

IV. Eine Bewertung der obigen und in der übrigen Berichterstattung wiedergegebenen iranischen Anregungen erfolgt gesondert.

¹² Vom 22. bis 29. September 1968 hielt sich eine iranische Delegation unter der Leitung des Wirtschaftsministers Alikhani in der Bundesrepublik auf. Alikhani führte am 24. September 1968 Gespräche mit Bundeskanzler Kiesinger, Bundesminister Wischniewski und Staatssekretär Lahr. Vgl. dazu die Aufzeichnungen des Ministerialdirigenten Berger vom 24. September bzw. des Mitarbeiters im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Fuhrmann, vom 27. September 1968; Referat III B 6, Bd. 582.

¹³ Am 23. September 1968 teilte Botschafter von Lilienfeld, Teheran, mit: „Der Schah wolle gern mit uns auch auf diesem Gebiet, insbesondere der militärischen Forschung („military research“) zusammenarbeiten. Iran sei weiterhin an Erwerb und später möglichst gemeinsamer Produktion eines Nahkampfflugzeuges interessiert. Auch die Lieferung der ‚Kobra‘-Rakete sei für den Iran sehr wichtig.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 342; VS-Bd. 2806 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1968.

V. Ich wäre dankbar, wenn dieser Bericht auch dem Herrn Bundeskanzler vorgelegt werden könnte.¹⁴

[gez. Lilienfeld]¹⁵

VS-Bd. 2800 (I B 4)

266

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete

II A 1-85.15/5-1338/68 VS-vertraulich

23. August 1968¹

Betr.: Kunstflugweltmeisterschaften in Magdeburg vom 17.–31. August 1968
hier: Boykott der Weltmeisterschaft im Hinblick auf die Ereignisse in der ČSSR

Bezug: Anliegende Aufzeichnung der Abteilung II vom 4. Juli 1968 –
II A 1-83.15/5-1087/68 VS-vertraulich²

Anlg.: 1

I. Am 17. August 1968 haben in Magdeburg die Weltmeisterschaften der Kunstflieger begonnen, die noch bis zum 31. August 1968 fort dauern. Wie Abteilung II bereits in der anliegenden Bezugsaufzeichnung dargelegt hat, handelt es sich bei dem veranstaltenden „Aeroclub der DDR“ um eine paramilitärische Organisation, die dem „Ministerium für nationale Verteidigung der DDR“ untersteht und deren Funktionäre und Mitglieder sich vorwiegend aus SED-Funktionären sowie Offizieren der NVA-Luftstreitkräfte zusammensetzen. Außer der UdSSR, Polen, Ungarn, der ČSSR sowie der „DDR“ nehmen aus den westlichen Ländern Flieger aus den USA, Großbritannien, Frankreich, der Schweiz, Spanien, Südafrika sowie der Bundesrepublik Deutschland teil. Einige dieser Länder (u.a. USA) haben sich für die Teilnahme erst endgültig entschieden, nachdem feststand, daß sich auch die Bundesrepublik an der Weltmeisterschaft beteiligte.

Nach einer Mitteilung des Mannschaftsführers unserer Nationalstaffel, Herrn Sachsenberg, sind bisher keinerlei Schwierigkeiten bei den Meisterschaften aufgetreten. Auch die Flieger aus der ČSSR nehmen nach wie vor an den Entschei-

¹⁴ Botschafter von Lilienfeld, Teheran, äußerte sich mit Schreiben vom 23. August 1968 an Bundeskanzler Kiesinger zur Wirtschaftshilfe an den Iran: „Wir müssen beweisen, daß wir uns wirklich Mühe geben und aktiver werden wollen und dem Iran eine Art Sonderstellung einräumen als altem, bewährten Freund und nicht nur ‚business as usual‘ treiben.“ Um den Verlust der bisherigen wirtschaftlichen Vorrangstellung im Iran zu vermeiden und insbesondere nicht der UdSSR weitere Möglichkeiten zu eröffnen, müsse über größere Projekte nachgedacht werden, die bislang, „wohl etwas aus Bequemlichkeitsgründen, als zu kompliziert abgelehnt“ worden seien. Vgl. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Nachlaß Kiesinger, Box A 006; B 150, Aktenkopien 1968.

¹⁵ Vermuteter Verfasser des Drahtberichts.

¹ Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse van Well und von Legationsrat Schoenwaldt konzipiert.

² Dem Vorgang beigelegt. Vgl. Dok. 211.

dungsflügen teil. Wie ferner bekannt wurde, hat gestern abend eine Zusammenkunft der Teilnehmer aus den westlichen Staaten stattgefunden, bei der erörtert worden sei, wie man sich im Hinblick auf die Ereignisse in der ČSSR, insbesondere die Beteiligung der Nationalen Volksarmee an dem militärischen Überfall auf die Tschechoslowakei, verhalten solle. Dabei wurde Übereinstimmung erzielt, sich an den Weltmeisterschaftsflügen bis zum Eintreffen entgegenstehender Weisungen der nationalen Verbände weiter zu beteiligen, die Flüge jedoch sofort abubrechen, falls es zu irgendwelchen allgemeinen Behinderungen bzw. Maßnahmen gegen die Teilnehmer aus der ČSSR kommen sollte.

II. Die Invasion der ČSSR hat inzwischen auch auf dem Gebiet der internationalen Sportveranstaltungen erhebliche Auswirkungen gezeigt:

1) Der schwedische Sportverband hat beschlossen, bis auf weiteres sämtliche Sportverbindungen mit den fünf an der Aggression beteiligten Ländern einschließlich der „DDR“ abubrechen. In Übereinstimmung mit diesem Beschluß hat der schwedische Eishockeyverband dem sowjetischen Eishockeymeister „CSKA Moskau“ bereits mitgeteilt, daß der Aufenthalt der Sowjetrussen, die vom 23.8. bis 3.9. zu Spielen nach Schweden kommen sollten, unerwünscht sei.

2) Großbritanniens Eishockeymannschaft, die sich bereits zu einem Europameisterschaftsspiel in Budapest befand, ist hierzu gestern nicht angetreten.

3) Die 11. Europäischen Leichtathletik-Meisterschaften der Junioren(innen), die vom 23. bis 25. August 1968 in Magdeburg stattfinden sollten, sind inzwischen von allen westlichen Ländern (Dänemark, Schweden, Norwegen, Holland, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, der Schweiz, der Bundesrepublik) sowie den Nationalmannschaften Rumäniens, Jugoslawiens und der ČSSR boykottiert worden. Die Teilnehmer aus Frankreich, Belgien und Holland, die bereits in Leipzig eingetroffen waren, sind zurückbeordert worden.

4) Die Juniorenmannschaft des Deutschen Leichtathletik-Verbandes hat den bevorstehenden Länderkampf gegen Polen abgesagt.

5) Ein für Ende August vorgesehener Städtevergleichskampf zwischen Berlin und Moskau ist vom Berliner Leichtathletikverband gestrichen worden.

III. Im Hinblick auf die in diesen Maßnahmen zum Ausdruck kommende Protestbewegung der internationalen Sportverbände dürfte es nach Auffassung der Abteilung II nicht länger zu vertreten sein, daß die Bundesrepublik sich mit einer Nationalmannschaft an den Kunstflugweltmeisterschaften in Magdeburg beteiligt. Hierbei bedarf auch die schwerwiegende Tatsache besonderer Berücksichtigung, daß es sich bei dieser Veranstaltung um einen Wettbewerb handelt, der durch die engen Beziehungen des veranstaltenden Klubs zu der an der Besetzung der ČSSR maßgebend beteiligten NVA denkbar diskreditiert ist. Der Vertreter Großbritanniens in der Bonner Vierergruppe hat deshalb bereits zu erkennen gegeben, daß Großbritannien bereit wäre, die Nationalmannschaft sofort zurückzurufen, sofern sich auch die Bundesrepublik zu einem derartigen Boykott bereit erklären würde. Nach Lage der Dinge kann damit gerechnet werden, daß sich auch die übrigen westlichen Länder einem deutschen bzw. britischen Boykott der Weltmeisterschaft anschließen würden.

Es wird deshalb vorgeschlagen,

daß der Herr Bundesminister die Angelegenheit im Einvernehmen mit Herrn

Bundesminister Wehner und Herrn Bundesminister Leber in dem Sinne eines sofortigen Boykotts der Weltmeisterschaft erörtert.

Es sollte jedoch dafür Sorge getragen werden, daß die Entscheidung über die Abberufung unserer Mannschaft nicht als Initiative der Bundesregierung erscheint, sondern als spontane Reaktion des Deutschen Sportverbandes auf die Aggression gegen die ČSSR.

Sobald entsprechender Beschluß ergangen ist, würde das Auswärtige Amt auch bei den übrigen westlichen Teilnehmerstaaten in geeigneter Weise auf einen Rückruf der jeweiligen Nationalmannschaften hinwirken.

Die Referate II A 5 und IV 5 haben diesem Petikum zugestimmt.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär³ dem Herrn Bundesminister⁴ mit der Bitte um Entscheidung vorgelegt.⁵

Ruete

VS-Bd. 4281 (II A 1)

267

Botschafter Knoke, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-14878/68 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 509
Citissime

Aufgabe: 23. August 1968, 09.45 Uhr¹
Ankunft: 23. August 1968

Betr.: Besetzung der Tschechoslowakei durch fünf Warschau-Pakt-Mächte

Die sowjetische Besetzung der ČSSR hat hier eine ungeheure Erregung hervorgerufen, die noch dadurch genährt wird, daß die VAR und Syrien die sowjetischen Maßnahmen lauthals begrüßen. Der immense Schaden, der dem deutschen Ansehen durch die Beteiligung Ulbrichts an der militärischen Aktion von fünf Warschau-Pakt-Mächten gegen die ČSSR erwachsen ist, geht aus der nachstehenden, heute in der Presse veröffentlichten Erklärung der Israel-Regierung nach einer besonderen Ministerratssitzung vom 21. August hervor. In ihr ist ein Absatz enthalten, der speziell die Teilnahme von „deutschen Truppen“, diesmal als Teil der Warschau-Pakt-Streitkräfte², brandmarkt. Mit dieser For-

³ Hat Staatssekretär Duckwitz am 23. August 1968 vorgelegen.

⁴ Hat Bundesminister Brandt am 24. August 1968 vorgelegen.

⁵ Am 26. August vermerkte Staatssekretär Duckwitz handschriftlich für Ministerialdirektor Ruete: „Nach Ansicht des Ministers sollten wir heute noch abwarten, wie die ‚Gesamlage‘ ist (Moskau). Wenn man am 21. August spontan die Kunstflugweltmeisterschaften verlassen hätte, wäre dies plausibel gewesen und hätte Eindruck gemacht. Aber dieser Zeitpunkt wurde verpaßt.“ Vgl. VS-Bd. 4281 (II A 1), B 150, Aktenkopien 1968.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastl am 26. August 1968 vorgelegen.

² Rückblickend äußerte das damalige Mitglied des Politbüros der SED, Sindermann, in einem Interview: „Es gab keinen Einmarsch von Truppen der DDR in die ČSSR.“ In Ost-Berlin und Moskau

mulierung wird für das israelische Volk eine gesamtschuldnerische Haftung „der Deutschen“ für das Ulbrichtsche Delikt begründet.

Ich halte mich für verpflichtet, darauf aufmerksam zu machen, daß die Glaubwürdigkeit der seit 1949 konsequent verfolgten rechtsstaatlich-freiheitlichen Politik der Bundesregierung in Israel in Gefahr gerät, wenn nach der Sowjetblock-Aktion vom 21. August Besprechungen von Mitgliedern der Bundesregierung mit Mitgliedern der Regierung des anderen Teils Deutschlands aufgenommen würden.³ Wir werden – das ergibt sich schon aus der Frage, die Außenminister Eban wegen der Rückwirkung der Ereignisse in der Tschechoslowakei auf die innerdeutsche Kontaktpolitik nach Überreichung meines Beglaubigungsschreibens an mich richtete (vgl. Drahtbericht Nr. 506 vom 21. August)⁴ – in der nächsten Zeit danach gemessen werden, ob wir den Gedanken von innerdeutschen Ministerbesprechungen verwerfen oder die Entscheidung hierüber nur vertagen.⁵

(Von hier an offen): Text der Erklärung:

„The government of Israel expresses shock at the invasion and military control of the Czechoslovak Republic. This act represents an outrageous violation of the charter of the United Nations.

The sanctified principles of political independence and territorial integrity, peaceful coexistence, nonintervention in the internal affairs of states, the right of every state, small or large, to security and freedom, the principles on which relations between states are based, all have been trampled upon arbitrarily.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1042

sei beschlossen worden, die NVA-Truppen nicht einmarschieren zu lassen: „Wären die deutschen Truppen mit einmarschiert und wäre es zu Kämpfen gekommen, hätte sich im tschechoslowakischen Volk angesichts der Erinnerung an den Einmarsch der Wehrmacht 1938/39 ein Deutschenhaß ohnegleichen entwickelt.“ Vgl. den Artikel „Wir sind keine Helden gewesen“, DER SPIEGEL, Nr. 19 vom 7. Mai 1990, S. 62.

Das für die Koordinierung der Intervention in der ČSSR zuständige Mitglied des Präsidiums des ZK der KPdSU, Masurow, erklärte im Rückblick dazu: „Es war beschlossen worden, keine deutschen [Truppen] hineinzuführen, sondern sie an der Grenze im Bereich von Dresden zu lassen.“ Für einen Auszug aus dem Interview vgl. OSTEUROPA 1990, Heft 11, A 679.

³ Zum Vorschlag der DDR für Gespräche des Bundesministers Schiller mit dem Minister für Außenwirtschaft der DDR, Sölle, und zur Bereitschaft der Bundesregierung, auf diesen Vorschlag einzugehen, vgl. Dok. 256, Anm. 14.

⁴ Für den Drahtbericht des Botschafters Knoke, Tel Aviv, vgl. Referat I B 4, Bd. 325.

⁵ Vortragender Legationsrat I. Klasse van Well notierte dazu am 3. September 1968, Bundeskanzler Kiesinger habe am 27. August 1968 im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages erklärt, „wir sollten gegenwärtig nichts unternehmen, was das schwer angeschlagene Prestige Ulbrichts wiederherstellen könnte. Er hat aber auch festgestellt, daß unsere grundsätzliche Bereitschaft, durch Gespräche über die anstehenden Sachfragen mit dem anderen Teil Deutschlands zu einem Modus vivendi zu gelangen, weiterhin aufrechterhalten werden müßte. [...] Es erscheint erforderlich, insbesondere die Botschaft in Tel Aviv auf die langfristigen Aspekte unserer Deutschlandpolitik hinzuweisen“. Vgl. VS-Bd. 4328 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1968.

Ministerialdirektor Ruete teilte der Botschaft in Tel Aviv am 3. September 1968 als Sprachregelung mit: „Die Bundesregierung ist sich mit der israelischen Regierung darin einig, daß die völkerrechtswidrige Invasion der Tschechoslowakei, deren Souveränität tiefgreifend verletzt worden ist, eine schwere internationale Krise hervorgerufen hat.“ Sie sei jedoch überzeugt, „daß einerseits durch adäquate Maßnahmen gegen die Aggressionsländer protestiert werden muß, andererseits die Fortführung der Entspannungs- und Friedenspolitik gegenüber dem Osten unter langfristigen Aspekten nicht blockiert werden darf“. Bei den israelischen Gesprächspartnern solle das Verständnis dafür gefördert werden, daß die – derzeit aufgeschobene – Kontaktaufnahme zur DDR „der Aufrechterhaltung der Einheit der Nation“ diene. Vgl. VS-Bd. 4328 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1968.

Israel has more than once confronted aggression and threats to its independence and the government of Israel voices its repugnance at this act of invasion which threatens the fabric of the family of nations.

The participation of German troops in the invasion and occupation this time as part of the forces of the Warsaw Pact arouses in us particularly terrible memories.

The government of Israel joins all the peace-loving and freedom-loving nations of the world in the demand to put an end to the invasion and to restore the independence and sovereignty of the Republic of Czechoslovakia.“

[gez.] Knoke

VS-Bd. 4329 (II A 5)

268

Gesandter Oncken, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-14918/68 VS-vertraulich

Fernschreiben Nr. 1247

Citissime

Aufgabe: 23. August 1968, 20.00 Uhr¹

Ankunft: 23. August 1968, 21.27 Uhr

Anschluß DB Nr. 1241 vom 23.8.²

Betr.: Lage in Tschechoslowakei

I. Die am Nachmittag fortgesetzte Sondersitzung des Rates über die Reaktion der NATO auf die Ereignisse in der ČSSR führten zu folgendem, von Generalsekretär Brosio zusammengefaßten Ergebnis:

1) Militärische Maßnahmen:

a) Kurzfristig:

Der Militärausschuß wird aufgefordert, durch den internationalen militärischen Stab eine Analyse der sowjetischen militärischen Operation gegen die ČSSR zu erstellen. Dabei soll der erwiesenen Mobilität, der Fähigkeit, Überraschungserfolge zu erzielen, und den technischen Möglichkeiten, Radar zu stören, besondere Beachtung geschenkt werden.

b) Langfristig:

Der Militärausschuß wird gebeten, die Auswirkungen der militärischen Veränderungen auf das ost-westliche Kräfteverhältnis zu studieren. In diesem Rahmen soll das System des „redeployment“ überprüft werden. (Zum Beschluß hinsichtlich des Problems der „Warnzeiten“ folgt besonderer Bericht.)

¹ Hat Ministerialdirigent Sahm am 26. August 1968 vorgelegen, der handschriftlich für Referat II A 4 vermerkte: „(Seite 2)“ und die Referate II A 3 und II A 7 um Rücksprache bat. Vgl. Anm. 6–8.

² Für den Drahtbericht des Gesandten Oncken, Brüssel (NATO), vgl. VS-Bd. 1393 (II A 7).

2) Politische Maßnahmen:

a) Kurzfristig:

Ein formelles NATO-Kommuniqué zur Lage in der ČSSR kann in Betracht gezogen werden, sobald wesentliche Veränderungen eintreten sind (Beendigung des Verfahrens in den Vereinten Nationen³ etc.).⁴ Unabhängig hiervon wird der Pressesprecher des Generalsekretariats⁵ von Fall zu Fall ermächtigt, die Öffentlichkeit über die Haltung des NATO-Rats zu unterrichten.

- Der Politische Ausschuß bleibt aufgefordert, seine periodischen kurzfristigen politischen Lagebeurteilungen für die Major NATO Commanders zu erstellen.
- Der Politische Ausschuß wird beauftragt, ein Inventar aller bereits eingeleiteten Ost-West-Kontakte (Besuche, kultureller Austausch, Handelskontakte etc.) im Hinblick auf eine gemeinsame Erörterung darüber zu erstellen, welche dieser Kontakte mit den Aggressorländern des Warschauer Paktes abgebrochen werden sollen.⁶

³ Mit Schreiben vom 21. August 1968 an den Präsidenten des UNO-Sicherheitsrats, de Araujo Castro, forderten Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Paraguay und die USA eine Debatte im Sicherheitsrat über die Lage in der ČSSR. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VII, S. 288.

Am 22. August 1968 brachten die Delegationen dieser sechs Staaten sowie Brasiliens den Entwurf einer Resolution ein, in der es u. a. hieß: „The Security Council [...] 1) Affirms that the sovereign, political independence and territorial integrity of the Czechoslovak Socialist Republic must be fully respected; 2) Condemns the armed intervention of the Union of Soviet Socialist Republics and other members of the Warsaw Pact in the internal affairs of the Czechoslovak Republic and calls upon them to take no action of violence or reprisal that could result in further suffering or loss of life, forthwith to withdraw their forces, and to cease all other forms of intervention in Czechoslovakia's internal affairs“. Vgl. UNITED NATIONS SECURITY COUNCIL. OFFICIAL RECORDS. 23rd year, 1442nd meeting, S. 3 f.

Dem Resolutionsentwurf stimmten am 23. August 1968 zehn Sicherheitsratsmitglieder zu. Indien, Pakistan und Algerien enthielten sich der Stimme, während Ungarn und die UdSSR ihr Veto einlegten. Botschafter Böker, New York (UNO), berichtete dazu: „Abstimmungsergebnis und bisheriger Verlauf der Sicherheitsratssitzung stellen taktischen Erfolg des Westens im VN-Rahmen dar, da es gelungen ist, [die] Sowjetunion diplomatisch zu isolieren.[...] Das klägliche Schauspiel, das die Sowjetunion bei ihrem Versuch bot, zunächst mit Bitten, dann mit Drohungen und schließlich mit Filibusterreden eine Abstimmung zu vertagen, machte auf Vertreter nichtkommunistischer Staaten einen sehr ungünstigen Eindruck.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 808; Referat II A 5, Bd. 1042.

⁴ Gesandter Oncken, Brüssel (NATO), berichtete am 22. August 1968, NATO-Generalsekretär Brosio wolle zunächst auf eine förmliche Erklärung zur Lage in der ČSSR verzichten, nachdem der britische NATO-Botschafter Burrows geltend gemacht habe, „man dürfe auch im Hinblick auf die Erörterung des Tschechoslowakei-Problems im Sicherheitsrat nicht den Eindruck erwecken, als sei der dortige Vorstoß westlicher Länder von der NATO gesteuert. Dies könne sich nachteilig auf eine Unterstützung der Aktion durch nicht-gebundene Länder auswirken.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1238; VS-Bd. 4329 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1968.

⁵ John L. W. Price.

⁶ Dieser Absatz wurde von Ministerialdirigent Sahm hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „II A 4.“

Am 27. August 1968 berichtete Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), die „Übersicht über die von den NATO-Ländern bisher abgebrochenen Kontakte mit den Aggressorländern des Warschauer Paktes“ weise Maßnahmen in folgenden Kategorien auf: politischer Besuchs- und Wirtschaftsaustausch, Kultur- und Sportaustausch, Privatbesuche, Gewerkschaftskontakte und gesellschaftliche Kontakte auf diplomatischer Ebene. Allerdings habe die Diskussion das „Dilemma zwischen Bestreben, durch energische Maßnahmen gegen Invasion zu protestieren, und bereits wieder stärker zutage tretender Hoffnung auf Fortsetzung der Entspannungsbemühungen“ offenbart. Ausgeschlossen worden seien schließlich „offizielle Besuche auf höchster und höherer Ebene“ und ein militärischer Besuchs- und Wirtschaftsaustausch, während im Kulturbereich lediglich auf „spektakuläre Kontakte

- Der Politische Ausschuß wird beauftragt, eine Liste derjenigen grundsätzlichen Fragen zu erstellen, die vom Rat zu beantworten sind, bevor die Arbeit an noch laufenden Détente-Initiativen des Bündnisses (Abrüstungsvorschläge etc.) fortgesetzt werden kann.⁷

b) Langfristig:

Das Bündnis muß in eine Gesamtüberprüfung seiner Politik eintreten. Dabei soll nichts daran geändert werden, daß diese Politik auf den beiden „Säulen“ von Sicherheit und Entspannung ruht. Es handelt sich darum, notwendig werdende Akzente zu setzen, um angesichts der neuesten Entwicklungen das Gleichgewicht dieser Säulen zu wahren.⁸

II. In vorausgegangener Diskussion äußerten sich die Botschafter wie folgt:

1) Amerikanischer Botschafter⁹:

Der Angriff auf die ČSSR bedeute eine neue Wende in der Nachkriegsgeschichte. Der militärische Überraschungserfolg der Sowjets sei nicht imponierender als der politische Überraschungserfolg der Tschechoslowaken, noch am 3. Tage der Besetzung eine nach außen funktionierende legale Regierung zu behaupten. Die Welt müsse künftig davon ausgehen, daß die Sowjets das Aufrechterhalten ihrer Kontrolle innerhalb des gesamten Warschauer Pakts – notfalls mit Gewalt – als eine „innere Angelegenheit“ betrachteten.

2) Britischer Botschafter:

Ein gründliches Überdenken der Vorgänge und ihrer Auswirkungen auf die NATO sei unumgänglich. Doch sei es noch zu früh, um das volle Ausmaß zu übersehen, in dem die Détente-Vorstöße der NATO (Abrüstungsmodelle usw.) zurückgeworfen worden seien.

Botschafter Burrows gab bekannt, daß Außenminister Stewart seine für September vorgesehenen Besuche in Ungarn und Bulgarien, nicht jedoch den Besuch am 11. September in Rumänien, abgesagt habe.

3) Kanadischer Botschafter¹⁰:

Es müsse weiterhin vor öffentlichen Stellungnahmen der NATO gewarnt werden, um dem Konflikt nicht den Charakter einer Ost-West-Auseinandersetzung zu geben.¹¹ Dies würde die Gefahr weiterer Eskalation (Rumänien, Unruhebewegungen in der SBZ und Polen) herbeibeschwören und die Haltung der Dritten Welt gegenüber einem Antrag der VN zur Verurteilung der Aggression ungünstig beeinflussen.

Hinsichtlich einer Überprüfung der Entspannungspolitik stellte er fest, daß die Ereignisse in der ČSSR sich nur auf das „timing“ bestimmter Entspannungsvorschläge, nicht auf die Entspannung als solche auswirken könnten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1045

in den nächsten Wochen“ verzichtet werden sollte. Vgl. die Drahtberichte Nr. 1266 und Nr. 1268; VS-Bd. 4328 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1968.

⁷ Dieser Absatz wurde von Ministerialdirigent Sahm hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „II A 3.“

⁸ Dieser Absatz wurde von Ministerialdirigent Sahm hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „II A 7.“

⁹ Harlan Cleveland.

¹⁰ Ross Campbell.

¹¹ Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Sahm durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

III. Eine weitere Sondersitzung des Rates über die ČSSR ist zur Zeit nicht vorgesehen. Nächste Sitzung des Rates (am 26. 8. nachmittags) wird Fragen der NNK (Konferenz der nichtnuklearen Staaten¹²) behandeln.¹³

[gez.] Oncken

VS-Bd. 4326 (II A 5)

269

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete

II A 7-87-80-3268¹/68 VS-vertraulich

26. August 1968

Betr.: WEU-Herstellungsbeschränkungen¹; Herstellung von U-Booten für Argentinien;
hier: Besuch des britischen Gesandten Laskey bei Herrn D II² am 26.8.1968

Der britische Gesandte Laskey suchte mich heute auf, um die Frage der Herstellung von U-Booten für Griechenland und Argentinien zu erörtern.

Zur Frage der Lieferung nach Griechenland erklärte ich ihm, daß ich über den Stand der Angelegenheit nicht unterrichtet sei, aber nicht glaube, daß eine wesentliche Änderung gegenüber dem Sachstand von vor einem Monat eingetreten sei, als er die Angelegenheit mit Herrn Sahm erörtert habe.

Zur Frage der Herstellung von U-Booten für Argentinien erklärte ich ihm, daß nach unserer Auffassung das Angebot so gestaltet worden sei, daß unsere vertraglichen Verpflichtungen nicht berührt würden. Wir hätten uns in Anhang I, Prot. III zum revidierten Brüsseler Vertrag verpflichtet, U-Boote mit mehr als 450t auf unserem Gebiete nicht herzustellen. Diese Verpflichtung verbiete es uns nicht, auf einer deutschen Werft Teile herzustellen und diese auf einer ausländischen Werft zu U-Booten mit einer höheren Tonnage zusammenzubauen. Die Herstellungsbegrenzungen seien meines Wissens erlassen worden, um die deutsche Rüstung zu begrenzen; sie enthielten jedoch keine Verbote für die deutsche Wirtschaft, im Ausland tätig zu werden.

Mr. Laskey wies darauf hin, daß der argentinische Militärattaché sich in dieser Angelegenheit in London erkundigt habe. Im übrigen wollte Mr. Laskey wissen, ob wir tatsächlich nicht die Absicht hätten, eine Ausnahmegenehmigung der WEU für diese Lieferungen zu beantragen. Ich bejahte dies unter er-

¹² Die Konferenz der Nichtnuklearstaaten fand vom 29. August bis 28. September 1968 in Genf statt.

¹³ Am 26. August 1968 legte der Militärausschuß der NATO dem Ständigen NATO-Rat einen Bericht über die militärische Bedrohung aufgrund der Intervention von Truppen des Warschauer Paktes in der ČSSR vor. Vgl. dazu Dok. 270.

¹ Zu den Herstellungsbeschränkungen nach Anlagen I und III des Protokolls Nr. III zum Brüsseler Vertrag in der Fassung vom 23. Oktober 1954 vgl. Dok. 177, Anm. 1 und 6.

² Hans Ruete.

neutem Hinweis darauf, daß unserer Auffassung nach eine entsprechende Verpflichtung nicht bestehe.

Mr. Laskey schien über diese Antwort nicht sehr erfreut.

Hiermit über Herrn Dg II A³ dem Referat II A 7⁴ mit der Bitte um Unterrichtung der in Frage kommenden Stellen (Bundesverteidigungsministerium, Botschaft London etc.).

Ruete

VS-Bd. 1712 (201)

270

Botschafter Grewe, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-14987/68 geheim
Fernschreiben Nr. 1256
Citissime mit Vorrang

Aufgabe: 26. August 1968, 20.35 Uhr¹
Ankunft: 26. August 1968

Betr.: Lage in der Tschechoslowakei
hier: NATO-Bedrohung

In der Ratssitzung am 26.8.² verlas General de Cumont die Beurteilung des Militärausschusses über die Bedrohung der NATO durch die Ereignisse in und um die Tschechoslowakei (folgt im Wortlaut). Im Anschluß daran fand politische Aussprache statt. Aus ihr folgendes berichtenswert:

- 1) Niederländischer Botschafter Boon erklärte, die MC-Beurteilung enthalte vor allem zwei wichtige Feststellungen, nämlich daß
 - a) die Vorwärtsposition der Sowjet-Streitkräfte durch die Truppenverschiebungen beachtlich verstärkt worden sei;
 - b) die Gefahr von Fehlberechnungen auf sowjetischer Seite gewachsen sei.

Er, Boon, müsse feststellen, im Rat habe man bisher die regierende Kreml-Gruppe als nüchtern und zweckbezogen eingeschätzt.

Ihr Vorgehen gegen die Tschechoslowakei zeige jedoch, zu welchen Fehleinschätzungen diese Gruppe fähig sei. Niemand könne ausschließen, daß sie solche Fehler anderswo, z.B. in Rumänien, wiederhole. Die Feststellungen General de Cumonts seien ernst zu nehmen; im Lichte seiner Aussagen müsse man sich fragen, ob die politischen Weisungen, die die obersten NATO-Befehlshaber bis-

³ Hat Ministerialdirigent Sahm am 26. August 1968 vorgelegen.

⁴ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Behrends vorgelegen, der die Aufzeichnung an Legationsrat I. Klasse Arnot weiterleitete.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastl am 27. August 1968 vorgelegen.

Hat Vortragendem Legationsrat Arz von Straussenburg vorgelegen.

² Korrigiert aus: „6.8.“

lang vom Rat erhalten, noch ausreichen. Sollten die obersten NATO-Befehlshaber zusätzliche Weisungen benötigen, so möge der Vorsitzende des MCs diese fordern.

2) Amerikanischer Botschafter Cleveland erklärte, man müsse Lehren aus den militärischen Erkenntnissen ziehen, die schon jetzt aus den Ereignissen in und um die Tschechoslowakei gewonnen seien. Vorrangig sei dabei an die Mobilität der NATO-Streitkräfte zu denken. Darüber hinaus sei es nötig, Untersuchungen über die russischen Absichten (intentions) durchzuführen; sie könnten möglicherweise gleichfalls zu neuen Erkenntnissen führen. Die Krise um die Tschechoslowakei habe nämlich gezeigt, daß die Sowjetführung bereit sei, größere militärische Operationen durchzuführen, ohne deren politische Folgen zu überlegen. Die sowjetische Beurteilung der Reaktion der Tschechoslowaken sei so verfehlt gewesen, daß man sich fragen müsse, wie falsch sie wohl die NATO und z.B. deren Bereitschaft, Berlin zu verteidigen, einschätzten. Die politische Unfähigkeit, die die Sowjetführung im Falle der Tschechoslowakei zeige, sei erstaunlich und gefährlich, sie müsse künftig politisch in Rechnung gestellt werden.

3) Türkischer Botschafter³ betonte, die Beurteilung des Militärausschusses dürfe nicht dahin verstanden werden, die Aktion der Sowjets sei gegen die NATO gerichtet. Allerdings sei nicht auszuschließen, daß der außerordentlich starke Truppeneinsatz gegen die kleine Tschechoslowakei eine Warnung an die NATO sein solle, unter keinen Umständen den Tschechoslowaken zur Hilfe zu eilen.

4) Brosio zog folgende Schlußfolgerungen aus der Lagebeurteilung des Militärausschusses:

a) Die Warschauer-Pakt-Streitkräfte seien bislang in ihrer Gesamtheit nicht stärker geworden;

b) die Truppenverlegungen innerhalb des Warschauer Paktes seien jedoch geeignet, als Bedrohung empfunden zu werden.

Aufgabe des Rates sei es nunmehr, diese Bedrohung sowohl wie die möglichen sowjetischen Absichten einzuschätzen. Er, Brosio, komme zu der Beurteilung, daß die Verteilung der sowjetischen Streitkräfte in der Tschechoslowakei eindeutig darauf hinweise, daß sie nicht gegen die NATO gerichtet sei, sondern der Unterwerfung der Tschechoslowakei diene. Das sei auch die Leitlinie der bisherigen politischen Weisung an die obersten NATO-Befehlshaber gewesen. Wenn sich an dieser politischen Einschätzung nichts ändere, so bedeute das nicht, daß nicht die nötigen Vorsichtsmaßnahmen für die Streitkräfte zu treffen seien.

Allerdings müßten sie so erfolgen, daß sie die Öffentlichkeit nicht alarmierten. Diese Überlegungen entsprächen der bisherigen Richtlinie des Rates an die obersten NATO-Befehlshaber – mit besonderer Befriedigung habe er gehört, daß bei der heutigen Sitzung des Militärausschusses der Vertreter Frankreichs anwesend gewesen sei. Damit beweise die französische Regierung ihre Solidarität mit der NATO und ihre Bereitschaft, die Verantwortung gemeinsam mit ihren Verbündeten zu tragen.

³ Muharrem Nuri Birgi.

II. Ich ging kurz auf die Beurteilung des Militärausschusses ein und erklärte, sie stimme in weiten Teilen mit unserer militärischen Einschätzung der Bedrohung überein. Auch wir glaubten, daß sich – rein numerisch gesehen – die Stärke des Warschauer Paktes nicht wesentlich erhöht habe. Allerdings sei die militärische Gewichtsverschiebung, die die Sowjets nach Westen vornahmen, eine Tatsache von politischer Bedeutung. Gleichzeitig dürfe nicht übersehen werden, daß die Streitkräfte des Warschauer Paktes insgesamt einen höheren Einsatzgrad als bislang erreicht hätten und für Angriffe aus dem Stand besser vorbereitet seien. Sie würden augenblicklich unter nahezu kriegsmäßigen Verhältnissen das Bewegen ihrer Verbände, das Funktionieren ihrer Fernmelde-mittel und ihres Nachschubes üben.

Für kurzfristige Weisungen und Maßnahmen könne man der Beurteilung Brosios zustimmen. Andererseits müsse man schon jetzt beginnen, auch langfristige Überlegungen anzustellen. Dabei sei es wahrscheinlich nötig, Korrekturen an der bisherigen Auffassung vorzunehmen, für einen Angriff aus dem Stand des Warschauer Paktes kämen nur die in der SBZ und Polen stationierten Verbände in Frage. Die jetzigen Truppenbewegungen hätten gezeigt, daß nur ein Teil der sowjetischen Divisionen aus der SBZ für den Einmarsch in die Tschechoslowakei verwendet worden sei; die anderen Divisionen stammten aus der Tiefe des westrussischen Raumes und seien innerhalb von Stunden in die ČSSR eingeflogen worden.

Folgt Anlage:

„NATO secret military assessment of the Warsaw Pact threat to the NATO made by the Military Committee as on 26 August 1968

1) The static situation on the Warsaw Pact side has changed into a dynamic situation. Any assessment of the Warsaw Pact intention has become increasingly difficult. The period of warning possibly to be expected has decreased considerably. The problem of miscalculation cannot be ruled out.

2) Some 28 Warsaw Pact divisions and associated air forces have been moved from the USSR (Carpathian military district), Hungary; SZoG⁴ and Poland into ČSSR.

3) The uncertainty of the political situation in ČSSR and the requirement for some troops to take up occupation duties will tie down a limited number of the invading Warsaw Pact Forces. These duties will for a limited time decrease the capability of some Warsaw Pact Divisions that could be used for offensive purposes.

4) However, replacement forces of some 10 Soviet divisions and associated aircraft have moved forward from USSR into SZoG and Poland. Additional Soviet troops are reported to have moved west into Hungary.

5) The Soviet divisions that have been moved forward from USSR, plus the non-Soviet Warsaw Pact Forces now in forward positions, are sufficient to carry out occupation duties and to replace the Czech divisions now believed to be neutralized. Exercises and manoeuvres of the past months have placed the Warsaw Pact Divisions in a high state of readiness. The general effect of these

⁴ Soviet Zone of Germany.

westward military movements has therefore been to strengthen the forward capability of the Warsaw Pact.“

Ende Anlage.

[gez.] Grewe

VS-Bd. 4460 (II A 5)

271

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Graf von Hardenberg

III A 6-87.02-94.05-822/68 VS-vertraulich
Kabinettsache!

27. August 1968¹

Betr.: Teilnahme von politischen Persönlichkeiten der NATO-Länder an der Leipziger Herbstmesse;
hier: außerordentlicher Punkt der Tagesordnung der Kabinettsitzung vom 28.8.1968

Anl.: 1²

Wir haben vor der diesjährigen Leipziger Herbstmesse (1.–8. September) bisher davon Abstand genommen, eine Erklärung vor dem Politischen Ausschuß der NATO betreffend die Teilnahme an der Leipziger Messe abzugeben.³

Wie aus dem beiliegenden Bericht unserer Vertretung bei der NATO vom 26. August hervorgeht, bestehen im NATO-Rat Bestrebungen, die Beziehungen mit den Mitgliedern des Warschauer Pakts, die an der Invasion der Tschechoslowakei beteiligt sind, auf ein Minimum zu beschränken. Botschafter Grewe schlägt im Hinblick auf die Leipziger Messe vor, ihn zu einer Erklärung zu ermächtigen, wonach wir unsere Allianzpartner bitten, nicht nur von Besuchen von Ministern der Zentralregierungen, sondern auch von allen politischen Persönlichkeiten der NATO-Länder in Leipzig abzusehen.

Eine derartige wünschenswerte Erklärung kann nur dann abgegeben werden, wenn die Bundesregierung entschlossen ist, von der Entsendung deutscher politischer Persönlichkeiten nach Leipzig Abstand zu nehmen. Der Hinweis auf den Sondercharakter des innerdeutschen Handels würde bei der derzeitigen

¹ Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Döring konzipiert.

² Dem Vorgang beigelegt. Für den Drahtbericht Nr. 1255 des Botschafters Grewe, Brüssel (NATO), vom 26. August 1968 vgl. VS-Bd. 8368 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1968.

³ Ministerialdirigent Graf von Hardenberg wies die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel am 22. August 1968 an, auf Rückfrage mitzuteilen, „die Bundesregierung gehe davon aus, daß die verbündeten Regierungen ihr Verhalten so einrichten, daß das Ostberliner Regime es nicht politisch gegen uns ausnützen kann“. Insbesondere solle von Besuchen von Ministern, „der Einrichtung einer amtlichen Repräsentativschau“ sowie „einer amtlichen Förderung von Sonder- und Charterflügen zur Leipziger Messe“ abgesehen werden. Vgl. den Drahterlaß Nr. 563; VS-Bd. 8368 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1968.

politischen Gesamtsituation von unseren Verbündeten kaum verstanden werden. Insbesondere würde von ihnen nicht verstanden werden, wenn der Parlamentarische Staatssekretär des Bundeswirtschaftsministers, Herr Arndt, seine Absicht aufrechterhält, Leipzig zu besuchen.

Das Auswärtige Amt hat das Bundesministerium für Wirtschaft über den Vorschlag von Botschafter Grewe unterrichtet. Botschafter Bahr steht mit Herrn Arndt in Verbindung, der eine Entscheidung bis nach Rückkehr von Minister Schiller aus London⁴ zurückstellen möchte.

Wegen der Notwendigkeit, unsere Verbündeten nicht länger über unsere Haltung im unklaren zu lassen, wird gebeten, bereits in der Kabinettsitzung am Mittwoch, dem 28. August, außerhalb der Tagesordnung⁵ eine Entscheidung dahingehend herbeizuführen, daß von der Teilnahme von politischen Persönlichkeiten an der Leipziger Herbstmesse abgesehen wird.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär⁶ dem Herrn Minister⁷ mit der Bitte um Kenntnissnahme und Billigung vorgelegt.⁸

D II⁹ hat mitgezeichnet.

Hardenberg

VS-Bd. 8368 (III A 6)

⁴ Bundesminister Schiller führte am 27. August 1968 in London Gespräche mit dem britischen Schatzkanzler Jenkins.

⁵ An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lahr handschriftlich eingefügt: „möglichst vor Eintritt in die Tagesordnung“.

⁶ Hat Staatssekretär Lahr am 27. August 1968 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wenn sich das Kabinett am frühen Vormittag des 28.8. äußert, können wir in einer am gleichen Vormittag stattfindenden Sitzung der Politischen Gruppe der NATO Stellung nehmen.“

⁷ Hat Bundesminister Brandt laut handschriftlichem Vermerk des Vortragenden Legationsrats Wilke vom 28. August 1968 vorgelegen.

⁸ Die Bundesregierung beschloß in der Kabinettsitzung am 28. August 1968, „daß an der bevorstehenden Leipziger Herbstmesse weder Regierungsmitglieder noch Staatssekretäre, noch hohe Beamte der Bundesregierung teilnehmen. Gleichlautende Empfehlungen sollen an die Länderregierungen gegeben werden. Andererseits sollen Routine-Verbindungen zur Zone aufrechterhalten bleiben.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bock vom 25. September 1968; VS-Bd. 8368 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1968.

Am 29. August 1968 vermerkte Vortragender Legationsrat Döring handschriftlich: „D III i. V. hat [Kenntnis]. Erl[aß] an Botschafter Grewe entfällt, da D II Nichtteilnahme von H[errn] Arndt bereits Brüssel telef[onisch] mitgeteilt hat.“

⁹ Hans Ruete.

Aufzeichnung des Staatssekretärs Duckwitz

St.S. 1359/68 VS-vertraulich¹

28. August 1968

Herrn Minister²

In der bisherigen Diskussion über den NV-Vertrag nehmen die Artikel 53/107 der VN-Satzung eine immer größere Rolle ein.³ Sie erhalten ein zunehmendes Gewicht in der innenpolitischen Auseinandersetzung.⁴ Dies veranlaßt mich zu folgenden Überlegungen:

Es ist in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden, daß die Artikel 53/107 der VN-Satzung der Sowjetunion ein Recht auf Gewaltanwendung gegen die Bundesrepublik Deutschland gewähren. Dieser Eindruck ist unrichtig. Tatsächlich handelt es sich bei den Artikeln 53/107 um Ausnahmebestimmungen der Satzung. Sie besagen nur, daß die Satzung für ehemalige Feindstaaten des 2. Weltkrieges nicht gilt. Somit begründen die Artikel 53/107 keine materiellen Rechte und damit auch nicht das Recht auf Gewaltanwendung. Stellen wir diese unrichtige Auslegung nicht bald richtig, so besteht die Gefahr, daß sich die Sowjetunion auf die Artikel 53/107 mit dem Argument beruft, daß wir selbst anerkannt hätten, daß die Artikel 53/107 ein Gewaltanwendungsrecht enthalten.

Ich möchte daher vorschlagen, daß die Rechtsabteilung zur gesamten Problematik der Artikel 53/107 eine Aufzeichnung ausarbeitet.⁵ In dieser Aufzeichnung sollte auch die Bedeutung der Artikel 53/107 für die übrigen ehemaligen Feindstaaten und deren Reaktion berücksichtigt werden. Diese Artikel haben übrigens auch auf der Völkervertragsrechtskonferenz in Genf im Frühjahr dieses Jahres⁶ eine gewisse Rolle gespielt. Die dort von unserer Delegation gemachten Erfahrungen sollten herangezogen werden.

Es erscheint mir gefährlich, die Klärung der Frage der Artikel 53/107 zu einem „préalable“ der deutschen Unterschrift zu erheben.⁷ Mein ursprünglicher Vor-

¹ Dazu handschriftliche Bemerkung des Legationsrats I. Klasse Sönksen vom 30. August 1968: „Auf Weisung LR I Dr. Dr. Gehl als VS-vertraulich eingestuft.“

² Hat Bundesminister Brandt am 28. August 1968 vorgelegen.

³ Am 23. August 1968 notierte Ministerialdirektor Ruete dazu: „Mit dem Gewalttakt gegen Prag erhält insbesondere die Frage des sowjetischen Gewaltvorbehalts gegenüber der Bundesrepublik Deutschland eine neue Dimension. Das von der Sowjetunion beanspruchte Interventionsrecht muß noch ernster genommen werden als bisher. Die bis zum 21. August 1968 verfolgte Linie, den Gewaltvorbehalt der Sowjetunion aufgrund der Artikel 53 und 107 VN-Satzung durch subtile deutsche Erklärungen bei Unterzeichnung des NV-Vertrags zu unterlaufen, kann heute nicht mehr als adäquat angesehen werden.“ Vgl. Referat II B 2, Bd. 797.

⁴ Vgl. dazu Dok. 238, Anm. 3.

⁵ Dieser Satz wurde von Bundesminister Brandt hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Ja.“

⁶ Die Vertragsrechtskonferenz der UNO fand vom 26. März bis 24. Mai 1968 in Wien statt.

⁷ Am 27. August 1968 führte Vortragender Legationsrat I. Klasse Blomeyer-Bartenstein dazu aus, es spreche einiges dafür, daß die Artikel 53 und 107 der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 inzwischen hinfällig geworden seien. Mit der Bundesrepublik seien inzwischen alle ehemaligen Feindstaaten gleichberechtigte Mitglieder der UNO. Auch befinde sich die Bundesrepublik seit längerer Zeit im Friedenszustand mit allen Mitgliedern der Staatengemeinschaft. Angesichts der formalen

schlag ging lediglich dahin, auf geeignetem Wege die Bereitschaft der Russen herauszufinden, entweder durch eine Erklärung oder stillschweigend die Obsoletz dieser Artikel anzuerkennen. Es besteht eine geringe Aussicht dafür, daß den Sowjets daran liegt, gerade im jetzigen Augenblick ihre Friedfertigkeit unter Beweis zu stellen. Wir würden uns durch eine solche Anfrage auch nicht binden. Lehnen die Russen ab, ist die Situation die gleiche wie bisher, und es bleibt uns unbenommen, einen entsprechenden Schritt bei den Westmächten zu unternehmen. Wird aber die Klärung dieser Frage zu einem „préalable“ gemacht, gehen wir einen entscheidenden Schritt weiter und legen die Entscheidung darüber, ob wir den Vertrag unterschreiben werden oder nicht, in die Hände der Sowjetunion. Oder mit anderen Worten: Wenn die Sowjetunion auf Artikel 53/107 beharrt, würde die deutsche Unterschrift praktisch unmöglich werden. In diese Lage dürfen wir uns nicht begeben.

Es erhebt sich in diesem Zusammenhang die interessante Frage, ob die Sowjetunion nicht wenigstens zur Zeit ein ebenso großes Interesse an unserer Nichtunterschrift hat als an unserer Unterschrift unter dem NV-Vertrag. Es würde sehr gut in die Argumentation und die zur Zeit feststellbare Pressehetze gegen die Bundesrepublik passen, wenn die Sowjetunion darauf hinweisen könnte, daß die Bundesrepublik der einzige europäische Staat ist – Frankreich nimmt als Nuklearmacht eine Sonderstellung ein –, der nicht Vertragspartner des NV-Abkommens ist. Wir würden uns nicht nur im Osten, sondern auch in der ungebundenen Welt einer neuen Welle des Mißtrauens gegenübersehen. Wir sollten der Sowjetunion diesen Gefallen nicht tun.

Da mit unserer Unterschrift unter den Vertrag in absehbarer Zeit wohl ohnehin nicht zu rechnen ist, wäre genügend Zeit vorhanden, um die oben vorgeschlagene Klärung durch ein Gutachten der Rechtsabteilung herbeizuführen⁸

Fortsetzung Fußnote von Seite 1053

Fortgeltung der beiden Bestimmungen lasse sich ihr Hinfälligwerden jedoch rechtlich nicht zwingend nachweisen. Blomeyer-Bartenstein kam zu dem Schluß, daß es im Interesse der Bundesrepublik liege, die Artikel 53 und 107 im Verhältnis zur Sowjetunion weitestgehend auszuschalten. Da es keine rechtliche Handhabe gebe, komme nur ein „politischer Hebel“ in Frage: „Ein solcher Hebel könnte in der Drohung mit der Nichtunterzeichnung des NV-Vertrages oder dem Abbruch des Meinungs austausches über den Gewaltverzicht liegen. In beiden Fällen müssen wir uns jedoch darüber im klaren sein, daß, wenn wir unsere Drohung nicht wahr machen und schließlich doch unterzeichnen oder die Gespräche doch fortsetzen, hieraus eine indirekte Anerkennung von der These der Fortgeltung der beiden Bestimmungen durch die Bundesrepublik Deutschland hergeleitet werden kann.“ Um die „schädlichen Wirkungen der sowjetischen These nach Möglichkeit einzudämmen“, solle die Bundesrepublik die Auffassung vertreten, die Artikel seien durch Zeitablauf und veränderte Umstände überholt und daher hinfällig. Vgl. VS-Bd. 4338 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1968.

Ministerialdirektor Groepper äußerte dazu am 28. August 1968 die Ansicht, daß die Bundesrepublik „in internationalen Abmachungen bilateraler oder multilateraler Art mit der Sowjetunion Bezugnahmen auf das Gewaltverbot im Zusammenhang mit der VN-Satzung als ganzer“ keinesfalls akzeptieren dürfe. Im Lichte der Ereignisse in der CSSR könne sie „die sowjetische Berufung auf die Fortgeltung der Art. 53 und 107 gar nicht ernst genug nehmen“. Daher sollte die Bundesrepublik den Beitritt zum Nichtverbreitungsabkommen zurückstellen, bis die UdSSR von ihrer Auffassung abrücke. Vgl. VS-Bd. 4338 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1968.

⁸ Vgl. dazu Dok. 429.

und im übrigen den unrichtigen Eindruck, der sich in der Öffentlichkeit über die Artikel 53/107 breitgemacht hat, zu korrigieren.⁹

Duckwitz

VS-Bd. 504 (Büro Staatssekretär)

273

Ministerialdirigent Heipertz, Prag, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-15072/68 geheim

Aufgabe: 28. August 1968¹

Fernschreiben Nr. 269

Ankunft: 28. August 1968, 20.17 Uhr

Citissime

Nach Rückkehr der tschechoslowakischen Delegation aus Moskau² zeichnet sich etwa folgendes Bild ab:

1) Während die Bevölkerung am gestrigen Vormittag stark euphorisch auf die Rückkehr Svobodas und Dubček reagierte, schlug diese Stimmung nach Bekanntgabe des Kommuniqués durch TASS³ in eine tiefe Malaise um; man war der Meinung, in Moskau verkauft worden zu sein und daher geneigt, Svoboda

⁹ Am 29. August 1968 vermerkte Staatssekretär Duckwitz zusätzlich für Bundesminister Brandt: „Sicherheitspolitisch besteht meines Erachtens der einzig wirkliche Schutz gegenüber einem Gewaltanwendungsrecht der Sowjetunion in der NATO. Selbst ein Verzicht der Sowjetunion auf die Artikel 53/107 würde uns im entscheidenden Augenblick nichts helfen, sollte die Sowjetunion eine Gewaltanwendung in ihrem Interesse für notwendig halten, wie das Beispiel der Tschechoslowakei gezeigt hat.“ Vgl. VS-Bd. 504 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1968.

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastl vorgelegen.

² Am 23. August 1968 wurden der inhaftierte Erste Sekretär des ZK der KPČ, Dubček, und Ministerpräsident Černík mit weiteren Mitgliedern aus der Führungsspitze der KPČ nach Moskau gebracht, nachdem am selben Tag bereits Präsident Svoboda mit dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten Husák, Justizminister Kučera und Verteidigungsminister Džur sowie den ZK-Sekretären Bilak, Indra und Piller nach Moskau gereist und dort offiziell empfangen worden war. Für eine Aufzeichnung über das Gespräch zwischen Dubček und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, Ministerpräsident Kossygin, dem Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet, Podgornyj, sowie dem Ministerpräsidenten der RSFSR, Woronow, am 23. August 1968 vgl. KENTAVR 1993, Heft 5, S. 91–96. Vgl. dazu auch DUBČEK, Leben, S. 277–290. Zu den weiteren Verhandlungen, die am 26. August 1968 abgeschlossen wurden, vgl. SMRKOVSKÝ, Das unvollendete Gespräch, S. 159–164; MLYNÁŘ, Nachtfrost, S. 262–276 und S. 284–307.

³ Im Kommuniqué vom 27. August 1968 wurde mitgeteilt, daß Maßnahmen vereinbart worden seien, um „die Lage in der ČSSR möglichst schnell zu normalisieren“. Die Truppen der Staaten des Warschauer Pakts, „die vorübergehend das Territorium der Tschechoslowakei betreten“ hätten, würden sich nicht in die inneren Angelegenheiten einmischen. Es seien Bedingungen für ihren Abzug vereinbart worden „in dem Maße, wie sich die Lage in der ČSSR normalisiert“. Zur Debatte im UNO-Sicherheitsrat über die Ereignisse in der ČSSR wurde festgestellt, „daß die tschechoslowakische Seite nicht darum ersucht hat, diese Frage im Sicherheitsrat zu erörtern, und deren Absetzung von der Tagesordnung fordert“. Schließlich wurde erklärt, daß die UdSSR und die ČSSR weiterhin „den militaristischen, revanchistischen und neonazistischen Kräften, die die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges revidieren und die Unantastbarkeit der in Europa bestehenden Grenzen verletzen wollen, eine entschiedene Abfuhr erteilen“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 452.

und Dubček hierfür verantwortlich zu machen. Nach der Ansprache Dubčeks⁴ – und hier weniger durch den Inhalt als durch die Präsentation seiner Rede – gewann die Bevölkerung den sicheren Eindruck, daß ihre Delegation in Moskau nur unter dem massiven Druck der sowjetischen Panzer in der ČSSR dem Kommuniqué zugestimmt hat.

2) Trotz dieses emotionalen Umschwungs der Bevölkerung bestand bei den Journalisten und Radiokommentatoren noch eine große Angst, daß es im Parlament – annähernd fünfzig Prozent gehören dem konservativen Flügel an – über die Billigung des Kommuniqués zumindest zu einer Kampfabstimmung kommen würde, was zur Folge gehabt hätte, daß das oberste Verfassungsorgan die sowjetische Präsenz in der ČSSR legitimiert hätte. Durch diesen Schritt wäre der von den Sowjets erhoffte Keil zwischen Partei und Parlament und damit zwischen Führung und Bevölkerung getrieben worden. Dies erklärt auch, warum gestern Abend alle freien Radiostationen ihre Kommentarsendungen schlagartig eingestellt haben.

3) Noch am gestrigen Abend haben die Arbeiter der Großbetriebe in Mährisch-Ostau, Pilsen und in der Slowakei Resolutionen an die Parteiführung gesandt, in der sie mit aller Schärfe die Anwesenheit der WP-Truppen in der ČSSR verurteilten. Dieser Aktion haben sich alle Bezirks- und Regionalkomitees der KPČ (d.h. also einschließlich der slowakischen KP) angeschlossen, um so die Parteiführung in Prag – und das gilt auch für Bratislava – moralisch gegenüber Moskau abzusichern und ihr gleichzeitig qua *volonté générale* das Recht zu geben, neue Verhandlungen mit Moskau zu fordern. Das Entscheidende an dieser Aktion ist, daß sie von der gesamten Arbeiterschaft der ČSSR wie auch allen Parteigremien getragen wird, so daß es den Sowjets schwerfallen dürfte, dieses Vorgehen als konterrevolutionär oder revisionistisch zu bezeichnen, ohne gleichzeitig⁵ die gesamte Partei, d.h. nicht nur einzelne Vertreter der Partei, zu verurteilen.

4) Mit großer Erleichterung hat die Bevölkerung heute den einstimmigen Beschluß des Parlaments aufgenommen, welcher das Moskauer Kommuniqué in allen acht Punkten kategorisch verurteilt.⁶ Der wesentliche Punkt dieses Be-

⁴ Der Erste Sekretär des ZK der KPČ äußerte am 27. August 1968 im Rundfunk: „Die Zentralorgane unserer Republik, die Nationalversammlung, die Regierung, die Nationale Front, können ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Diese Tätigkeit, ebenso das Leben unseres gesamten Volkes, werden sich in einer Situation abspielen, deren Realität nicht nur von unserem Willen abhängig ist.“ Er rief zur Besonnenheit auf, denn es sei „sehr unvernünftig und gefährlich, die Truppenbewegungen durch irgendwelche Aktionen aufzuhalten und damit schließlich auch den völligen und möglichst baldigen Abzug aller Truppen der fünf Staaten aus unserem Lande, der das Endziel unserer Bemühungen ist, zu verhindern.“ Schließlich bat Dubček um weitere Unterstützung der Politik der KPČ, auch wenn diese möglicherweise gezwungen sein werde, „einige vorübergehende außerordentliche Maßnahmen zu treffen, die den Grad der Demokratie und der freien Meinungsäußerung“, der bereits erreicht sei, einschränken würden. Vgl. DAS TSCHECHISCHE SCHWARZBUCH. Die Tage vom 20. bis 27. August 1968 in Dokumenten und Zeugenaussagen, hrsg. von Werner Marx und Günther Wagenlehner, Stuttgart-Degerloch 1969, S. 307 f. und S. 310. Für Auszüge vgl. auch EUROPA-ARCHIV 1968, D 570–572.

⁵ Korrigiert aus: „ohne nicht gleichzeitig“.

⁶ Die tschechoslowakische Nationalversammlung erklärte am 28. August 1968, sie betrachte „die fortdauernde Okkupation der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik durch die Streitkräfte der fünf Warschauer-Pakt-Staaten als illegal und als im Widerspruch stehend zu internationalen Abkommen, zur Charta der Vereinten Nationen und zum Warschauer Vertrag“. Sie sei

schluss ist die Aufforderung der Nationalversammlung an die Regierung, mit den Regierungen der fünf WP-Staaten über einen Termin des Abzugs sämtlicher Truppen aus der ČSSR zu verhandeln. Mit diesem Beschluß ist die Einheit zwischen Parteiführung, Regierung und Parlament hergestellt und den Sowjets zunächst jede Möglichkeit genommen, ihre Präsenz in der ČSSR durch Berufung auf eines der staatstragenden Organe rechtfertigen zu können. Für das Volk bedeutet dies, daß es weiterhin auf seine Führung vertrauen kann. Durch diese Geschlossenheit sind die sowjetischen Versuche, die Präsenz in der ČSSR zu legitimieren, für das erste – auch nach Moskau – gescheitert. Den Sowjets wird es bei dieser Entwicklung sehr schwerfallen, die Tätigkeit der gesamten KPČ, der Regierung und des Parlaments als illegal zu bezeichnen.

5) Die hiesige Bevölkerung ist bestürzt gewesen, daß die USA und England es nicht für nötig befunden haben, der ČSSR eine starke moralische Schützenhilfe zu geben⁷, wobei man sich durchaus darüber im klaren ist, daß ein Mehr nicht erwartet werden konnte. Diese Verärgerung geht soweit, daß man gegen Großbritannien die gleichen Vorwürfe richtet, die man 1938 verwandt hat. Die von außen gewährte Unterstützung ist insofern nicht zu unterschätzen, als sie einen entscheidenden Beitrag darstellt, die moralische Konsistenz des Volkes auch zeitlich zu erhalten. Hierbei weiß man, daß eine solche Unterstützung von deutscher Seite in ihrer Wirkung kontraproduzent wäre. Den Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers, ein NATO-Gipfeltreffen einzuberufen⁸, hat man als ein wirkungsvolles Mittel, den Sowjets ihre Grenzen zu zeigen, sehr begrüßt.

Ich möchte in diesem Zusammenhang vorschlagen, daß der Europarat eine eindrucksvolle Erklärung abgibt. Nach der Enttäuschung über die USA und Großbritannien fühlt man sich in einem für uns erstaunlichen Maße mit Europa verbunden und sieht in der Stärkung Europas die einzige Möglichkeit, auf längere Sicht eine eigenständige Existenz zu erhalten und zu behaupten.

6) Welche Haltung die oberste Parteiführung einnimmt, läßt sich noch nicht

Fortsetzung Fußnote von Seite 1056

überzeugt, daß die tschechoslowakische Armee die Westgrenzen sichern könne, und fordere die Regierung dazu auf, „konsequent und entschlossen auf eine Festlegung und Einhaltung definitiver Fristen für den Abzug der ausländischen Streitkräfte“ zu dringen. Sie forderte zudem, „daß die jetzt noch gestörte freie Tätigkeit aller verfassungsmäßigen und staatlichen Organe und Institutionen sowie aller legalen Informationsmedien unverzüglich ermöglicht und gewährleistet“ werde und alle „widerrechtlich“ Internierten freigelassen würden. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 574 f.

⁷ Präsident Johnson erklärte am 21. August 1968: „The Soviet Union and its allies have invaded a defenseless country to stamp out a resurgence of ordinary human freedom. [...] The action of the Warsaw Pact allies is in flat violation of the United Nations Charter.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1968–69, II, S. 905. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 435.

Die britische Regierung stellte am 21. August 1968 fest: „The action is also in sharp conflict with the often-repeated statements by the Soviet government about non-interference with the sovereign rights of independent states.“ Vgl. den Artikel von James Daglish: „Parliament to Be Recalled Monday“, THE TIMES, Nr. 57 336 vom 22. August 1968, S. 1. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 435.

⁸ Am 25. August 1968 regte Bundeskanzler Kiesinger in einem Interview mit dem Südwestfunk an, „daß die Führenden der NATO-Länder zusammenkämen – nicht im üblichen Routinebetrieb –, vielleicht in einer Gipfelkonferenz, um sich gemeinsam zu überlegen, was man tun könnte, daß dieser müde und lasch gewordene Werktagbetrieb, daß das alles wieder mit Leben erfüllt wird, wobei ich keineswegs meine, mit kriegerischem, offensivem Geist“. Vgl. DzD V/2, S. 1136.

beurteilen, da zur Stunde noch das neue⁹ – und wie man annimmt, auch das alte – Zentralkomitee tagt.

[gez.] Heipertz

VS-Bd. 4460 (II A 5)

274

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank

I A 6-82.47/95.00-909^I/68 geheim

29. August 1968¹

Betr.: Uran-Anreicherung mittels Gasultrazentrifuge;
hier: britische Demarche am 23.8.1968

Bezug: 1) Aufzeichnung des Leiters der Abteilung I vom 23.8.1968²
2) Aufzeichnung der Abteilung I vom 20. Juni 1968³
3) Aufzeichnung der Abteilung I vom 12. Juli 1968⁴

I. In Ergänzung zu der o.a. Aufzeichnung wird nach Abstimmung auf Referenebene mit dem BMWF zu dem britischen Vorschlag, die Außenminister⁵ und

⁹ In der Nacht vom 20. zum 21. August 1968 rief das Stadtkomitee der KPC^Č in Prag vorzeitig den für den 9. September 1968 vorgesehenen außerordentlichen XIV. Parteitag ein. Er fand am 22./23. August 1968 in einem Fabrikgebäude in Vysočany statt. Im Rückblick notierte der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses der Nationalversammlung, Pelikán, dazu: „So etwas hatte es in der Geschichte der kommunistischen Bewegung noch niemals gegeben: daß der Parteitag einer regierenden Kommunistischen Partei in einem sozialistischen Land, der ordnungsgemäß nach den Parteistatuten einberufen worden war, im Untergrund tagen mußte, weil die Panzer eines anderen sozialistischen Landes ihn daran hinderten, öffentlich zusammenzutreten.“ Vgl. PELIKÁN, Frühling, S. 275. Vgl. dazu ferner MLYNÁŘ, Nachtfrost, S. 225 f. und S. 250 f.
Der Parteitag wählte ein neues Zentralkomitee aus 144 Personen und gab am 22. August 1968 die Erklärung ab: „Auch die gewaltsame Intervention ändert nichts daran, daß das Volk der Tschechoslowakei der einzig rechtmäßige und souveräne Herr seines Landes ist. [...] Die sozialistische Tschechoslowakei wird sich weder mit einer militärischen Okkupationsverwaltung noch mit einer Kollaborantenregierung, gestützt auf die Kräfte der Okkupanten, jemals abfinden.“ Diejenigen bisherigen ZK-Mitglieder, „die sich in dieser schweren Prüfung nicht bewährt“ hätten, würden nicht mehr als Parteimitglieder betrachtet. Vgl. PANZER ÜBERROLLEN DEN PARTEITAG. Protokoll und Dokumente des 14. Parteitags der KPTsch am 22. August 1968, herausgegeben und eingeleitet von Jiří Pelikán. Wien/Frankfurt/Zürich 1969, S. 102.

¹ Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Ungerer konzipiert.

² Ministerialdirektor Frank notierte, daß der britische Gesandte Edwards mit dem Vorschlag zu Ministerbesprechungen Ende September über die gemeinsame Entwicklung einer Gasultrazentrifuge an ihn herangetreten sei, denen sich Expertengespräche über „die technisch notwendige Entscheidung für die Realisierung des Projekts“ anschließen sollten. Frank stellte dazu fest, daß das Projekt „im Hinblick auf eine unabhängige Versorgung der europäischen Länder mit nuklearen Brennstoffen für die zivile Verwendung von großer Bedeutung“ sei, und sprach sich dafür aus, den gewünschten Besprechungen zuzustimmen. Vgl. VS-Bd. 2860 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1968.

³ Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Frank vgl. VS-Bd. 4372 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1968. Für einen Auszug vgl. Dok. 220, Anm. 2.

⁴ Für die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Staden vgl. Dok. 220.

⁵ Willy Brandt, Joseph Luns (Niederlande), Michael Stewart (Großbritannien).

Wissenschaftsminister⁶ der Bundesrepublik, der Niederlande und Großbritannien sollten am 23., 24. oder 25. September d. J. zusammenkommen, um die für die gemeinsame Weiterentwicklung der Gasultrazentrifuge notwendigen politischen Entscheidungen zu treffen, wie folgt Stellung genommen:

1) Die vorgesehenen Termine sind für ein Treffen insofern nicht geeignet, als Herr Bundesminister Stoltenberg zu diesem Zeitpunkt in Japan⁷ ist.

2) Auf Expertenebene wurde das Thema lediglich bei einem Besuch britischer Experten im BMWF am 9. Juli 1968 erörtert. Im BMWF herrscht die Meinung vor, daß vor einer Entscheidung auf Ministerebene noch ein weiteres Expertengespräch notwendig ist.

3) Vor einer Antwort an die Briten auf ihre Demarche wäre es zweckmäßig, auch die Meinung der Niederländer einzuholen. Deutsch-niederländische Expertengespräche sind für den 4. September im BMWF vorgesehen.

Unabhängig von der Frage eines geeigneten Termins für das Ministertreffen und die hierfür notwendige sachliche Vorbereitung sind von deutscher Seite folgende Fragen zu prüfen:

a) Teilen wir die britische Einschätzung der Kosten bei der Uran-Anreicherung mittels Gasultrazentrifuge?

Wenn ja, wie verhält sich das britische Projekt zu den Plänen

- eine europäische Isotopentrennanlage im Rahmen von EURATOM auf der Grundlage des Gasdiffusionsprinzips zu bauen⁸;
- eine kleinere deutsche Anlage auf der Grundlage des in Karlsruhe entwickelten Trenndüsenprinzips zu bauen?

b) Soll Frankreich von dem britischen Vorschlag verständigt werden? Wenn ja, so wäre das vorherige Einverständnis der Briten und Niederländer notwendig, da die Angelegenheit unter „Geheim“ läuft. Außerdem könnten sich Schwierigkeiten ergeben, wenn Frankreich den Wunsch äußert, sich an der Entwicklung zu beteiligen, da Gasultrazentrifugen-Kenntnisse in Großbritannien, der Bundesrepublik und den Niederlanden unter Geheimschutz stehen und eine Absprache zwischen den drei Ländern und den Vereinigten Staaten besteht, daß Kenntnisse über Gasultrazentrifugen nicht weiter verbreitet werden sollen. Dieselbe Frage gilt mutatis mutandis für Italien.

c) Sollte die Zusammenarbeit bei Gasultrazentrifugen nach Ausräumung der Schwierigkeiten, die sich aus dem Geheimschutz ergeben, nicht zum zentralen Projekt der technologischen Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und den Ländern der Europäischen Gemeinschaft gemacht werden? In Anbetracht der Expertengespräche im Rahmen von EURATOM über den Bau einer europäischen Isotopentrennanlage, den auch in Frankreich durchgeführten Arbeiten auf dem Gebiet der Entwicklung von Gasultrazentrifugen, der Bedeutung des Projekts für die Versorgung Europas mit angereichertem Uran und unseren Bemühungen, zu einer möglichst an konkreten Projekten orientierten technologischen Zusammenarbeit zwischen den Sechs und Großbritannien zu ge-

⁶ Gerhard Stoltenberg, Leo de Block (Niederlande), Anthony Wedgwood Benn (Großbritannien).

⁷ Bundesminister Stoltenberg hielt sich vom 14. bis 24. September 1968 in Japan auf.

⁸ Vgl. dazu Dok. 145.

langen, sollte dieser Aspekt im Mittelpunkt unserer Überlegungen über den britischen Vorschlag stehen.⁹

Vorschlag:

- 1) Nach Eingang einer Stellungnahme des BMwF zu dem Terminvorschlag, Antwort an die Briten, daß wir mit dem Vorschlag eines Ministertreffens einverstanden seien, der Termin jedoch wegen der Abwesenheit von Bundesminister Stoltenberg und der Notwendigkeit, die Gespräche der Minister auf Expertenebene vorzubereiten, verschoben werden sollte.
- 2) Erörterung mit dem BMwF des unter c) aufgeführten Gedankens und gegebenenfalls Genehmigung durch das Kabinett.
- 3) Einholung des britischen Einverständnisses zur Unterrichtung der Franzosen und Italiener über den britischen Vorschlag.
- 4) Unterrichtung der Franzosen und Italiener, mit der Bitte um Stellungnahme.
- 5) Falls positive Stellungnahme, Vorschlag bei dem Ministertreffen, die Gasultrazentrifugen-Entwicklung und den Bau einer entsprechenden Anlage als Kernstück der europäischen technologischen Zusammenarbeit in Aussicht zu nehmen.
- 6) Verbindung des Projekts mit anderen Bereichen der technologischen Zusammenarbeit im Hinblick darauf, daß Franzosen Einverständnis für eine intensive technologische Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und den Sechs sowie eine Reaktivierung EURATOMs erteilen.¹⁰

Hiermit über den Herrn Staatssekretär¹¹ dem Herrn Minister¹² vorgelegt.

Frank

VS-Bd. 2860 (I A 6)

⁹ Der Passus „und unseren Bemühungen ... Vorschlag stehen“ wurde von Staatssekretär Lahr hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „richtig!“

¹⁰ Vortragender Legationsrat I. Klasse Ritzel vermerkte handschriftlich für Bundesminister Brandt, daß Großbritannien „auf Entscheidung gedrängt“ habe. Daraufhin sei in einer Direktorenbesprechung am 4. September 1968 beschlossen worden, gemäß den Vorschlägen 1) bis 6) zu verfahren. Weiter notierte Ritzel: „Die Sache hat erhebliche politische Bedeutung. Das Zentrifugenverfahren ist 20 % billiger als das von Frankreich angewandte Prinzip. Bei den hohen erforderlichen Kosten ist dies für Frankreich interessant.“ Für den undatierten Vermerk vgl. VS-Bd. 2860 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1968.

¹¹ Hat den Staatssekretären Lahr und Duckwitz am 2. bzw. 3. September 1968 vorgelegen.

¹² Hat Bundesminister Brandt am 9. September 1968 vorgelegen.

Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem französischen Botschafter François Seydoux

Z A 5-60.A/68 VS-vertraulich

30. August 1968¹

Der Herr Bundeskanzler empfing am 30. August 1968 um 12.30 Uhr den französischen Botschafter Seydoux im Beisein von MDg Dr. Boss zu einem Gespräch.

Auf die Frage des Herrn *Bundeskanzlers*, wie man in Paris die Situation einschätze, erwiderte Botschafter *Seydoux* mit einem Hinweis auf die drei Gelegenheiten, bei denen General de Gaulle bzw. die französische Regierung zu den Ereignissen Stellung genommen hätten.² Daraus könne man den Schluß ziehen, daß Paris wütend sei auf das sowjetische Vorgehen. Es habe auch gewisse Gegenmaßnahmen ergriffen; so sei der Besuch Gomułkas rückgängig gemacht worden.³ All dies zeige, daß General de Gaulle betroffen sei durch die völlig unakzeptable Intervention. Nach französischer Auffassung seien die Ereignisse ein Ergebnis der Spaltung der Welt in zwei Teile, wobei in jedem der beiden Teile der jeweils Stärkste nach Belieben verfare. Natürlich nehme dies bei den Sowjets immer ganz besondere Formen an. Ebenfalls seien die Ereignisse ein Beweis, daß die heutige Situation insbesondere für Europa, aber auch für Asien schlecht sei. Nach französischer Auffassung werde dieser Zustand andauern, bis die Russen eine Lösung der europäischen Probleme zuließen. Die Situation sei voller Gefahren. Die Entspannungspolitik bleibe aber die einzig mögliche Politik, wenngleich sie sehr viel schwieriger und langwieriger geworden sei und großer Geduld bedürfe. Debré habe am Vortage gesagt, hier sei ein Verkehrsunfall passiert, unter dem viele leiden würden. Es sei aber kein Grund, den ganzen Verkehr zu blockieren. Botschafter Seydoux fügte hinzu, wenn er mehr sagen würde, würde er nicht genau die Auffassung seiner Regierung wiedergeben. Er verwies dann auf das Zusammentreffen der beiden Außenminister am 7. September⁴ sowie die bevorstehende Pressekonferenz General de Gaulles am 9. September⁵, wo de Gaulle sicherlich sehr viel über dieses traurige Ereignis sprechen werde. Ende des Monats werde dann ja das Treffen zwi-

¹ Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 3. September 1968 gefertigt.

² Zur Erklärung des französischen Präsidialamts vom 21. August 1968 vgl. Dok. 264, Anm. 1.

Für den Wortlaut der Erklärung der französischen Regierung vom 23. August 1968 vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 446 f.

Für den Wortlaut der Erklärungen des französischen Botschafters bei der UNO, Bérard, vom 21. und 23. August 1968 im UNO-Sicherheitsrat vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1968, II, S. 55–57.

³ Die französische Regierung beschloß am 26. August 1968, den Besuch des Ersten Sekretärs des ZK der PVAP in Paris zu verschieben. Vgl. dazu LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1968, II, S. 11.

⁴ Für die Gespräche des Bundesministers Brandt mit dem französischen Außenminister Debré in Paris vgl. Dok. 286 und Dok. 287.

⁵ Für den Wortlaut vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 5, S. 319–335.

schen dem Herrn Bundeskanzler und General de Gaulle⁶ stehen, das gewiß, wie immer, höchst bedeutsam sein werde.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, dieses Mal sei das Treffen ganz besonders wichtig. Der Kern der Frage sei von de Gaulle richtig erkannt worden, denn er liege tatsächlich in der Spaltung der Welt. Die Sowjetunion könne innerhalb ihres Interessenbereichs praktisch ungehindert nach eigenem Belieben verfahren. Rußland habe dabei sehr viel in Kauf genommen, so z.B. den gewaltigen Prestigeverlust sogar bei fast allen kommunistischen Parteien der Welt. Dies zeige, wie wichtig die Intervention in sowjetischen Augen gewesen sei. Der Herr Bundeskanzler fragte dann, ob Botschafter Seydoux vielleicht wisse, wer in Moskau für welchen Kurs plädiert habe.

Botschafter *Seydoux* erwiderte, es lägen natürlich interessante Berichte aus Moskau vor, sie enthielten jedoch sehr viele Hypothesen. Von manchen werde gesagt, die Militärs hätten die Oberhand gewonnen, doch sei man in Frankreich eher der Meinung, daß auch gewisse Politiker den harten Kurs verfochten hätten.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, zweifellos habe der eine oder andere eine andere Tendenz verfolgen mögen, doch besitze man keine exakten Informationen. Er fragte dann, wie die französische Regierung die Situation in Rumänien einschätze.

Botschafter *Seydoux* bemerkte zunächst noch einmal zur Tschechoslowakei, man sei hier wohl der Meinung, daß die Russen sich in der Tschechei verrechnet und geglaubt hätten, ein leichteres Spiel zu haben. Was Rumänien anbelange, so habe er hier mehr gehört als mancher seiner Kollegen in anderen Ländern. Am Nationalfeiertag⁷ habe man hier sehr stark den Eindruck gehabt, als ob Rumänien bald das Schicksal der Tschechoslowakei erleiden werde. In den vergangenen zwei bis drei Tagen hätten sich die Dinge vielleicht wieder etwas beruhigt, wohl auch deswegen, weil die Rumänen aus einer Reihe von Gründen vielleicht etwas vorsichtiger geworden seien. In der deutschen Presse sei aber jetzt das Gerücht wieder verstärkt worden, daß die Russen jederzeit einmarschieren könnten.

Der Herr *Bundeskanzler* verwies auch seinerseits auf das Auf und Ab der Informationen über militärische Bewegungen. Im Augenblick schienen diese Bewegungen nicht so zu sein, daß man befürchten müsse, daß eine unmittelbare Invasion bevorstehe. Gleichzeitig seien die Rumänen selbst in ihrer Sprache etwas sanfter geworden. Offensichtlich aber seien sie sehr nervös.⁸ Er selbst sei besorgt. Auch Belgrad scheine besorgt zu sein.

⁶ Für die Gespräche des Bundeskanzlers Kiesinger mit Staatspräsident de Gaulle am 27. und 28. September 1968 vgl. Dok. 312, Dok. 314 und Dok. 318.

⁷ Der rumänische Nationalfeiertag war der 23. August.

⁸ Am 23. August 1968 berichtete Botschafter Strätling, Bukarest, über ein Gespräch mit dem Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des rumänischen Staatsrats, Bodnarus, „der lange Zeit als moskauhörig galt. Er verurteilte in schärfsten Worten das Vorgehen der Sowjets (Diese Schweine zerstören den Sozialismus!). Auf meine Frage, ob er Interventionsabsichten der Russen auch in seinem Lande für möglich halte, antwortete er erregt: ‚Nach all den Wortbrüchen und dem, was geschehen ist, kann man nichts mehr ausschließen. Aber wir würden kämpfen bis zum Untergang.‘“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1379; VS-Bd. 4446 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1968.

Botschafter *Seydoux* sagte, einige Tage lang habe er befürchtet, daß der weltweite Aufschrei für die Russen so schwerwiegend sein könnte, daß sie sich sagten, wenn die Erregung schon so groß sei, könne man vielleicht alles in einem Aufwasch erledigen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, über die letztlichen Motive der Sowjetunion sei er sich nicht ganz im klaren. Es wäre sicher auch möglich gewesen, die Entwicklung in der Tschechoslowakei auf andere Weise zu verhindern. Offensichtlich aber seien auch die Russen nervös geworden. Er selbst neige zu der Auffassung, daß die Sowjets ihr europäisches Imperium konsolidieren wollten. Natürlich habe in der Tschechoslowakei ein Prozeß eingesetzt, der unerträglich für die Russen schien, denn wer Kommunismus und Freiheit sage, meine im letzten die Freiheit. Ulbrichts Rolle sei keineswegs durchsichtig gewesen, und es lägen widersprechende Informationen darüber vor. Er glaube, daß die Sowjets letztlich selber diese Entscheidung getroffen hätten und es nicht etwa Herrn Ulbricht überließen, die Sowjetunion auf einen gefährlichen Weg zu führen. Natürlich habe Ulbricht seinen Beitrag geleistet, doch sei seine Mitwirkung nicht entscheidend gewesen. Als nächster Nachbar stelle die Bundesrepublik sich natürlich jetzt die Frage, was nun kommen werde. Die Nachrichten seien sehr disparat. Manche erweckten die Befürchtung, daß die Sowjets jetzt einen harten Kurs gegen die Bundesrepublik verfolgen würden. Zu diesen Nachrichten gehöre die ganze Propaganda. Andererseits aber kämen auch Nachrichten, welche eine Tendenz zum Gespräch mit der Bundesrepublik zeigten.

Botschafter *Seydoux* sagte, beide Möglichkeiten seien offen. Vielleicht halte sich die Sowjetunion jetzt für stark genug, um von dieser Position her ein Gespräch zu führen. Die Frage bleibe aber offen.

Der Herr *Bundeskanzler* erinnerte dann an sein Gespräch mit de Gaulle, in dem de Gaulle immer von der amerikanischen Beherrschung gesprochen habe. Er (der Herr Bundeskanzler) habe dann darauf hingewiesen, daß natürlich die Vereinigten Staaten ein gewaltiges Phänomen seien, das den Europäern durch seine Macht und seinen Umfang gewisse Probleme schaffe. Es gebe aber auch noch eine andere Supermacht. Darauf habe de Gaulle erwidert, dies stimme, doch drohe aus dem Osten lediglich eine militärische Gefahr, gegen die man sich natürlich schützen müsse. Frankreich sei keineswegs so pueril, diese Gefahr zu übersehen. Damit sei man im Gespräch natürlich bei der NATO gewesen, wobei de Gaulle sein Verständnis dafür ausgesprochen habe, daß Deutschland die Anwesenheit amerikanischer Truppen wünsche. De Gaulle habe auch gesagt, daß Frankreich nicht die Absicht habe, die NATO zu verlassen, wenn nicht etwas völlig Unvorhergesehenes eintrete. Er (der Herr Bundeskanzler) halte die These de Gaulles, wonach der Whisky und nicht der Wodka die Welt erobere, für im Grunde richtig. Im übrigen vertrete auch der amerikanische Außenminister diese Auffassung, denn Rusk habe gesagt, der osteuropäische und sowjetische Kommunismus halte die Koexistenz nicht aus. Wenn es in 50 Jahren noch eine kommunistische Macht in der Welt gebe, werde es China sein. Man könne daher sagen, daß keine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit zwischen de Gaulle und dem amerikanischen Außenminister bestehe, sondern daß der Wind nicht von Osten nach Westen, sondern von Westen nach Osten wehe. Die Liberalisierungstendenzen im Osten einschließlich Rußlands bräch-

ten aber auch eine Gefahr mit sich, denn Rußland lasse jetzt den Eisernen Vorhang wieder herab. Die Zeit der Koexistenz und einer möglichen Entspannung in Richtung auf eine europäische Friedensordnung scheine für den Augenblick blockiert. Es könne sich auch um krisenhafte Phasen in der langsamen Entwicklung handeln, denn die Geschichte mache eben Sprünge, die teilweise für die Sowjetunion beinahe unannehmbar seien. Die Tschechen seien zu schnell zu weit gegangen. Er selbst habe deswegen alles vermieden, was den Eindruck hätte erwecken können, als ob man von deutscher Seite Öl ins Feuer gieße. Er habe auch Herrn Brandt gebeten, doch seinerseits jegliche Besuche der SPD zu vermeiden. Auch Herrn Blessing habe er gesagt, nicht in die Tschechoslowakei zu gehen. Einige Besucher habe er allerdings nicht mehr von ihrer Reise abhalten können.⁹ Er habe immer die Auffassung vertreten, wenn dort drüben wirklich eine Bewegung in Gang gerate, so sei sie keine kommunistische Bewegung, sondern gehe in Richtung auf die westliche demokratische Konzeption. Wäre dies in der Tschechoslowakei gelungen, hätte sie gewiß auch sonst überall eingesetzt. In Rumänien sei die Lage ja anders, denn die Rumänen seien orthodoxe Kommunisten. Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, er sei einmal ganz nahe daran gewesen, mit Paris in Verbindung zu treten. Inzwischen aber hätten sich die Ereignisse wie bekannt vollzogen, und die Lage sei dadurch gewiß nicht leichter geworden. Dennoch glaube er, daß man auch jetzt nichts anderes tun könne als erklären, daß es für Europa keine Alternative zu der gesamteuropäischen Friedensordnung gebe. Er glaube, daß die deutsche und französische Regierung in dieser Politik weitgehend übereinstimmten. Er habe in der Vergangenheit stets erklärt, es gehe Deutschland nicht darum, zwischen die Sowjetunion und ihre Verbündeten einen Keil zu treiben. Die Sowjets hätten aber daran wenig Interesse gezeigt, sondern hätten der Bundesrepublik gegenüber völlig hart auf der Kapitulation vor den sowjetischen Bedingungen bestanden.

Botschafter *Seydoux* fragte, ob dem Herrn Bundeskanzler von Moskau her niemals Hoffnung gemacht worden sei.

Der Herr *Bundeskanzler* wiederholte, Moskau sei lediglich bereit gewesen, auf der Grundlage des Status quo und einer Neuregelung für Berlin etwas zu tun, habe aber von der Bundesrepublik praktisch die Kapitulation verlangt.

Der Herr Bundeskanzler sagte dann, er habe ja bekanntlich ein Gipfeltreffen der NATO vorgeschlagen.¹⁰ Dabei sei es ihm darum gegangen, darzutun, daß die führenden Völker der westlichen Welt in einem Bündnis vereint seien. Er habe offengelassen, ob alle oder nur einige NATO-Staaten ihre Regierungschefs zu einem solchen Treffen entsenden sollten. Man müsse seines Erachtens sichtbar werden lassen, daß die NATO da sei, denn sonst könne es in Westeuropa eine moralische Krise geben. Die Russen hätten gezeigt, daß sie brutal zuschlagen könnten. Sicherlich spreche vieles dafür, daß sie dies nur in ihrem eigenen Interessenbereich täten, doch dürfe man nicht übersehen, daß es auch den speziellen Fall Berlin gebe. Im übrigen ließen sich die Aktionen der Politiker nicht allein nach logischen Erwägungen berechnen, wie es etwa bei großen Schach-

⁹ Zu den Besuchen von Politikern aus der Bundesrepublik in der ČSSR vgl. Dok. 239, Anm. 8.

¹⁰ Zum Vorschlag vom 25. August 1968 vgl. Dok. 273, Anm. 8.

spielen der Fall sei. Die Kalkulierbarkeit der sowjetischen Politik sei jetzt sehr schwierig. Seine Anregung zu einem NATO-Gipfeltreffen habe natürlich keineswegs den Zweck verfolgt, daß die NATO intervenieren sollte. Vielmehr gehe es nur darum, deutlich zu machen, daß die NATO da sei. Dies könne auch wichtig sein für Länder wie z.B. Jugoslawien, obgleich er gerade von dortigen Zeitungen angegriffen worden sei.¹¹ Aber auch hier gebe es Widersprüchlichkeiten, denn offensichtlich hätten die Belgrader Zeitungen den Auftrag, ihn anzugreifen, während ihm von anderer Seite bedeutet werde, so schlecht sei die Idee gar nicht. Das Gipfeltreffen hätte sich auch nicht mit Fragen wie der Reform der NATO zu befassen.

Botschafter *Seydoux* bemerkte, wenn er richtig verstehe, gehe es nur darum, deutlich zu machen, daß man zusammengehöre.

Der Herr *Bundeskanzler* fuhr fort, er habe auch in der Tatsache, daß Frankreich das integrierte System verlassen habe¹², keine Schwierigkeit gesehen. Man könne sich vorstellen, daß eine solche Demonstration nützlich wäre. De Gaulle habe ja auch klargemacht, daß aus dem Osten lediglich eine militärische Bedrohung vorhanden sei, daß man aber deswegen eine adäquate westliche Macht haben müsse. Adäquate westliche Macht sei aber nicht nur eine Frage der militärischen Organisation, sondern auch der Moral der Völker. Und gerade für die Moral der Völker wäre eine solche Gipfelkonferenz zumindest der hauptsächlichsten NATO-Partner wichtig gewesen.

Botschafter *Seydoux* fragte, ob der Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers auch weiterhin auf dem Tisch liege.

Der Herr *Bundeskanzler* bejahte dies und fügte hinzu, die jetzige Zeit wäre auch geeignet für einen unvoreingenommenen Gedankenaustausch. Natürlich hätten die Amerikaner zur Zeit ihre Wahlen, doch werde im November ein neuer Präsident vorhanden sein, und es zeichne sich ja jetzt schon ziemlich klar ab, wer dies sein werde. Er hätte es natürlich gerne gesehen, wenn zwischen Frankreich und Amerika ein gewisser Fortschritt erfolgen würde. Die Bundesrepublik stimme in der Zielsetzung überein, Westeuropa auf seine eigenen Füße zu stellen. Er befürchte etwas, daß in Deutschland möglicherweise eine Stimmung entstehe, von der die NPD profitieren könnte, indem sie die Frage aufwerfe, ob Deutschland denn genügend Schutz genieße. Gleichzeitig könnte die NPD, wie dies ja schon geschehen sei, die alte Politik eines direkten Zusammengehens mit Rußland propagieren. Er habe es für einen fatalen Irrtum der Weimarer Republik gehalten, ausschließlich mit Rußland zu flirten, anstatt das Verhältnis zu Polen und der Tschechoslowakei ins reine zu bringen. Herr von Thadden habe schon gesagt, es habe keinen Sinn, mit den osteu-

¹¹ Die Botschaft in Belgrad übermittelte am 27. August 1968 Kommentare der jugoslawischen Presse zum Vorschlag des Bundeskanzlers Kiesinger vom 25. August 1968 zur Einberufung einer Gipfelkonferenz der NATO. Die Tageszeitung „Politika“ habe unter dem Titel „Bonner Gifte“ u. a. ausgeführt: „Die Gifte aus dem Arsenal des Kalten Krieges, die Ideen und Empfehlungen aus dem Vokabular des seligen Dulles gewinnen wieder Leben. [...] Kiesinger ruft jetzt, wie einst die römischen Päpste, zu etwas auf, was stark an die Kreuzzüge erinnert. Es gibt in seinen Kombinationen für jeden etwas. Pathetische Tiraden über den ‚müden und schläfrigen‘ Atlantikpakt, den man wieder mit Leben erfüllen sollte, gefährliche Gedanken von der ‚Notwendigkeit der Änderung der bestehenden Lage in Europa‘“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 371; Referat II A 5, Bd. 1039.

¹² Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

ropäischen Ländern zu verhandeln, sondern man müsse sich auf Rußland konzentrieren. Genau dies sei in Weimar ja von allen Regierungen getan worden.

Botschafter *Seydoux* bemerkte, als er im August 1939 von dem Pakt zwischen den Nazis und den Russen¹³ erfahren habe, habe er sich gesagt, von nun an könne jede Nachricht, und sei sie noch so verrückt, wahr sein. Eine solche Möglichkeit wäre natürlich sowohl für Deutschland als auch für Frankreich sehr schlecht oder zumindest unangenehm.

Der Herr *Bundeskanzler* unterstrich, seine These laufe darauf hinaus, einerseits ganz klar den Verteidigungswillen gegenüber dem Osten zu demonstrieren, andererseits ebenso klar darzutun, daß die Politik in Richtung auf eine europäische Friedensordnung fortgeführt werde, die nach den jüngsten Ereignissen vielleicht direkter mit Moskau zu betreiben sei. Eine solche Politik erscheine jedoch nur dann glaubhaft, wenn die Menschen das Gefühl hätten, daß die Freiheit Europas verteidigt werden könne.

Botschafter *Seydoux* fragte, ob der Herr *Bundeskanzler* der Meinung sei, daß man auf militärischem Gebiet, insbesondere in Europa, mehr tun sollte.

Der Herr *Bundeskanzler* bejahte dies und bemerkte, es gehe vor allem um eine Demonstration. Dazu habe er die Gipfelkonferenz der NATO vorgeschlagen, denn eine Politik mit dem Osten und insbesondere mit Moskau sei nur dann möglich, wenn man stark genug sei, um gegen Erpressung gefeit zu sein. Gerade die deutsche Öffentlichkeit habe wegen der exponierten deutschen Lage ein starkes Bedürfnis auf die Bestätigung, daß der Verteidigungsmechanismus der NATO in Ordnung sei.

Botschafter *Seydoux* sagte, aus dem, was er in letzter Zeit gehört habe, könne man den Schluß ziehen, daß die öffentliche Meinung und politische Kreise etwas erregt seien. Man dürfe dies natürlich nicht überschätzen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, seine Sorge sei, daß die Leute sich fragten, was geschehen wäre, wenn die Russen die Grenzen überschritten hätten, ob denn dann die Sicherheit gewährleistet gewesen wäre. Aus diesem Grunde wäre zur rechten Zeit eine Demonstration nützlich, die keineswegs aggressiven Zwecken dienen, sondern nur den Nachweis erbringen sollte, daß die NATO da sei. Eine solche Demonstration solle auch keineswegs als nervöse oder feindselige Geste ausgelegt werden. Vielleicht hätten gewisse Dinge im Osten sich auch anders zugetragen, wenn der Westen militärisch klarer gewesen wäre. Es reiche nicht aus, nur zu sagen, die Welt sei eben in zwei Teile geteilt.

Botschafter *Seydoux* versprach, getreulich nach Paris zu berichten, und sagte, er glaube und hoffe, daß die Dinge in den nächsten Wochen sich nicht so sehr veränderten, so daß noch Zeit zum Gespräch sei, wenn de Gaulle nach Bonn komme.

Das Gespräch endete um 13.20 Uhr.

Bundeskanzleramt; AZ: 21-30 100 (56), Bd. 28

¹³ Für den Wortlaut des Nichtangriffsvertrags vom 23. August 1939 zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR vgl. ADAP, D, VII, Dok. 228.

276

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kastl

II A 5-82.00/94.27-1177/68 geheim

30. August 1968

Betr.: Fortgestaltung der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen

Die Vertreter des Prager Außenministeriums bei der Tschechoslowakischen Handelsvertretung in Frankfurt, Šimaček und Kadnar, luden mich heute zu einem Mittagessen ein. Bei dieser Gelegenheit machten sie mir ohne ausdrückliche Weisung, jedoch in Auslegung der grundsätzlichen Richtlinien der legalen Organe der Partei und Regierung, einige bemerkenswerte Mitteilungen. Diese Mitteilungen besitzen dadurch einen gewissen Aussagewert, daß Herr Kadnar sich noch am 27. August nach Bekanntwerden des Moskauer Kommuniqués¹ im Prager Außenministerium mit dem persönlichen Sekretär Hájeck und dem für Deutschland zuständigen Sektionschef, Rezek, unterhalten hatte. Die Herrn baten, die Mitteilungen der Spitze des Auswärtigen Amts vorzutragen.

1) Die Diplomaten sprachen namens der Tschechoslowakischen Handelsvertretung in Frankfurt den Dank für die verständnisvolle und solidarische Haltung der Bundesregierung und der deutschen Bevölkerung aus. Die jüngsten Erklärungen der Bundesregierung² seien hilfreich gewesen. In ihnen sei auf die Völkerrechtswidrigkeit des Einfalls in die ČSSR und auf die Anomalität der dortigen Lage mit Recht hingewiesen worden, andererseits habe die Bundesregierung kompromittierende Bekundungen der Solidarität ebenso vermieden wie eine die Sowjetunion provozierende Sprache des kalten Kriegs. Eine derartige Sprache hätte den reaktionären Kräften im Warschauer Pakt lediglich als Alibi für ihre eigene Gewaltpolitik dienen können.

2) Nach Auffassung der Diplomaten wird die Fortführung der Friedenspolitik der Bundesregierung den Prager Reformern nützen. Sie waren sich mit mir einig, daß Fortschritte gegenüber Moskau und anderen Interventionsmächten in absehbarer Zeit unwahrscheinlich sind. Sie rieten dennoch, Kontakten mit diesen Mächten – sowohl ihren amtlichen Vertretern wie ihren Staatsbürgern –, soweit sie sich bieten, nicht aus dem Wege zu gehen. In diesem Zusammenhang äußerten sie die von ihnen als etwas ungewöhnlich bezeichnete Bitte, über etwaige Fortschritte bei der Verbesserung der politischen Beziehungen zu den übrigen kommunistischen Staaten Prag vertraulich auf dem laufenden zu halten, da diese Staaten die Tschechoslowakei in nächster Zeit gewiß nicht voll konsultieren werden.

¹ Zum Kommuniqué vom 27. August 1968 vgl. vgl. Dok. 273, Anm. 3.

² Die Bundesregierung erklärte am 28. August 1968: „Die völkerrechtswidrige Invasion der Tschechoslowakei hat deren Souveränität tiefgreifend verletzt und eine schwere internationale Krise hervorgerufen. Diese Krise kann infolgedessen nur beendet werden, wenn die Souveränität des tschechoslowakischen Volkes vollständig wiederhergestellt und die Invasion rückgängig gemacht wird.“ Vgl. DzD V/2, S. 1151.

3) Ausdrücklich erklärten sie, die Durchführung des Gesprächs Schiller/Sölle³ würde den Prager Reformern höchst willkommen sein, weil damit Ulbricht ein Argument genommen werde, um Prag von Gesprächen mit uns abzuhalten.

4) Die Gesprächspartner sprachen die Hoffnung aus, daß wir den 30. Jahrestag des Münchener Abkommens⁴ nutzten, um in der geplanten Rede des Bundeskanzlers bei der auswärtigen Debatte des Bundestages klärende Worte zum Münchener Abkommen zu sagen. Dabei legten sie besonderen Wert auf eine Parallele zwischen dem Münchener Abkommen und dem Moskauer Abkommen (diesen Gedanken wird Referat II A 5 mit Abteilung V aufnehmen).

5) Die Herren baten um Verständnis dafür, daß Prag durch den Wortlaut des Moskauer Abkommens zunächst sich gezwungen sehen werde, gegen „militärische, revanchistische und neonazistische“ Vorgänge in der Bundesrepublik Deutschland eine harte Sprache zu führen. Wir sollten daher möglichst jeden Anlaß vermeiden, Prag in eine derartige Zwangslage zu manövrieren.

Auf meine Entgegnung, Prag werde Anlässe zu finden gezwungen sein, erwiderte Herr Šimaček resigniert: „Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort, wir werden Anlässe finden müssen“. Herr Šimaček bat uns, unseren Einfluß geltend zu machen, die Rundfunk- und Fernsehanstalten in der Bundesrepublik Deutschland davon abzuhalten, tschechoslowakische Emigranten gegen das Regime in Prag öffentlich Stellung nehmen zu lassen. Er kündigte an, in diesem Sinne erläuternd und warnend auch mit Vertretern der politischen Kräfte in Bonn sprechen zu wollen (Parteien und DGB).

Die Gesprächspartner erzählten, das Funktionieren der Geheimsender nach dem Einmarsch sei darauf zurückzuführen, daß die aus den Rundfunkstudios vertriebenen Journalisten Unterstützung der tschechoslowakische Armee gefunden haben, die gemäß der im gesamten Warschauer Pakt vorhandenen Krisenplanung die Funkbereitschaft aufrechterhalten konnte.

6) Sowjetische Berater sind ab 26. August nachts bereits im Außenministerium und Außenhandelsministerium eingetroffen, also noch vor Veröffentlichung des Moskauer Kommuniqués. Die noch vorhandene Fernschreib- und Telefonverbindung zur Zentrale werde daher künftig nur zur Übermittlung neutraler administrativer Nachrichten benutzt werden können. Es sei mit Verrat in Prag, Frankfurt und Bonn zu rechnen. Ulbricht habe zu Außenminister Hájek bei seinem Besuch in Ostberlin⁵ gesagt: „Wir sind gezwungen, unseren Nachrichtendienst mit Vorrang auf alle Kontakte zwischen Prag und Bonn anzusetzen“. Es sei zu unterstellen, daß er inzwischen über die Vorgänge und Absichten in Prag und Bonn gut unterrichtet sei.

7) In der Vergangenheit sei ein Fehler begangen worden, für den die Schuld beide Seiten träfe: man habe zuviele unautorisierte Mittelsmänner benutzt. Aus den Worten der Gesprächspartner ging indirekt hervor, daß hiermit Prof. Šnejdárek und die Journalisten Przak, Šverčina und Fuchs⁶ gemeint waren. Aus

³ Zum geplanten Gespräch des Bundesministers Schiller mit dem Wirtschaftsminister der DDR, Sölle, vgl. Dok. 256, Anm. 14.

⁴ 29. September 1968.

⁵ Der tschechoslowakische Außenminister besuchte die DDR am 17./18. Juni 1968.

⁶ Der Mitarbeiter des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft bei der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, Šnejdárek, sowie der Korrespondent der tschechoslowakischen

diesem Grunde habe das Außenministerium seit Juni die Handelsvertretung durch Entsendung zweier neuer Beamter verstärkt, die sich der Kontakte zwischen Prag und Bonn in wachsendem Maße hätten annehmen sollen.

Wir vereinbarten, solange dies möglich sei, einen regelmäßigen Gedankenaustausch. Beide Herren fürchteten, daß die Tätigkeit unserer Handelsvertretung in Prag bald stark beschnitten werde.

Hiermit über Herrn Dg II A⁷, Herrn D II⁸ mit dem Anheimstellen der Weiterleitung an den Herrn Staatssekretär.

Kastl

VS-Bd. 4462 (II A 5)

277

Gespräch des Bundeskanzlers Kiesinger mit dem sowjetischen Botschafter Zarapkin

Z A 5-61.A/68 geheim

2. September 1968¹

Der Herr Bundeskanzler empfing am 2. September 1968 den sowjetischen Botschafter Zarapkin zu einer Unterredung, um die der Botschafter nachgesucht hatte. An dem Gespräch nahmen auf deutscher Seite Staatssekretär Professor Dr. Carstens und MDg Dr. Boss, auf sowjetischer Seite Herr Barmitschew, 1. Botschaftssekretär, teil.

Einleitend sagte Botschafter *Zarapkin*, er sei von seiner Regierung beauftragt, dem Herrn Bundeskanzler eine Mitteilung zu überbringen.

Anmerkung: Es folgte nun die Verlesung der beigegeführten Mitteilung² durch den Botschafter und anschließend die Übersetzung durch den Unterzeichnenden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1068

Nachrichtenagentur CTK in der Bundesrepublik, Šverčina, führten am 2. April 1968 ein Gespräch mit Ministerialdirektor Ruete. Vgl. die Aufzeichnung von Ruete; VS-Bd. 4330 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1968.

Am 27./28. Juni 1968 hielt sich Šnejdárk zu Gesprächen mit Vertretern der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 202, Anm. 18.

Zum Gespräch des Staatssekretärs Duckwitz mit dem Journalisten Przak am 20. Juni 1968 vgl. Dok. 198.

⁷ Hat Ministerialdirigent Sahm am 30. August 1968 vorgelegen.

⁸ Hat Ministerialdirektor Ruete am 30. August 1968 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dem Herrn Staatssekretär vorzulegen. Interessant!“

Hat Staatssekretär Duckwitz am 31. August 1968 vorgelegen.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Buring gefertigt.

Zu diesem Gespräch vgl. auch die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens, Bundeskanzleramt, vom 2. September 1968; VS-Bd. 10065 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1968.

² Dem Vorgang beigelegt. Die sowjetische Regierung rechtfertigte die Intervention in der ČSSR erneut mit dem tschechoslowakischen Ersuchen, „dem tschechoslowakischen Brudervolk bei der Verteidigung der durch die tschechoslowakische Verfassung etablierten sozialistischen Staatsform un-

Der *Bundeskanzler* bemerkte, es handele sich um eine Botschaft von hoher Bedeutung und von großem Interesse für die Bundesrepublik. Er habe jetzt nicht die Absicht, zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei Stellung zu nehmen. Dem Botschafter sei die Reaktion der Bundesregierung auf diese Ereignisse bekannt. Sie enthalte nichts Feindseliges gegen die Sowjetunion und unterscheide sich im übrigen kaum von der Haltung anderer Länder zu diesen Ereignissen. Nachdem die Sowjetunion nun einmal diesen Schritt unternommen habe, wolle er nicht mehr darauf zurückkommen.

Was nun das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Ländern anbelange, so sei es nie die Absicht der Bundesregierung gewesen, Zwist in das Lager der sozialistischen Länder zu tragen, ebensowenig wie es ihr Ziel gewesen sei, irgendein sozialistisches Land von der Sowjetunion zu trennen. Bei den Ereignissen um die Tschechoslowakei hätten sich sowohl er als auch die Bundesregierung um äußerste Zurückhaltung bemüht. Er selbst habe sich zu den Vorgängen nicht geäußert und auch keinerlei Fühlung mit Persönlichkeiten aus der Tschechoslowakei gehabt.

Als im Laufe des Sommers eine gewisse Reisewelle in Richtung Tschechoslowakei³ zu beobachten gewesen sei, habe er Anfang Juli – es dürfte wohl am 11. oder 12. gewesen sein – Bundesaußenminister Brandt gebeten, dafür zu sorgen, daß in der nächsten Zeit möglichst keine SPD-Politiker mehr in die Tschechoslowakei reisen sollten. Das Gleiche habe er für die CDU zugesagt.

Es könne keine Rede davon sein, daß die Bundesregierung eine feindselige Haltung eingenommen habe. Die Bundesregierung habe, ähnlich wie auch andere Regierungen, lediglich die jüngste Entwicklung in der Tschechoslowakei bedauert.

Er wolle ganz deutlich folgendes feststellen: Er würde es als eine politische Torheit ersten Ranges ansehen, wenn irgendein westliches Land oder der Westen insgesamt versuchen wollten, das sozialistische Lager auseinanderzubrechen. Ein derartiger Versuch könne nur unheilvoll enden.

Die Bundesregierung verfolge die Entwicklung der Lage mit großer Aufmerksamkeit. Gerade diese Regierung habe immer wieder festgestellt, daß es vitale Interessen der SU gebe, die diese zu verteidigen gezwungen sei. Vor allem habe er immer wieder darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung töricht handeln würde, wenn sie den tölpelhaften Versuch unternähme, den Warschauer Pakt zu spalten oder zu zerschlagen. Zur Lösung ihres großen nationalen Problems, nämlich der Wiedervereinigung Deutschlands, brauche sie die Zusam-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1069

verzüglich Hilfe zu leisten“. Weiter wurde auf die „feindselige Haltung“ der Bundesrepublik gegenüber der UdSSR und anderen sozialistischen Staaten hingewiesen. Sie sei als Bestätigung dafür zu werten, „daß die Politik der Bundesregierung und ihre Aktionen den deutlichen Stempel aus der Vergangenheit herrührender Tendenzen tragen, die in ihrer ungeschminktesten Form in der Tätigkeit der sogenannten Nationaldemokratischen Partei und ähnlicher Strömungen in der Bundesrepublik Deutschland zutage treten. [...] Wer die gegenwärtige Lage dazu ausnutzen möchte, um den Geist des ‚Kalten Krieges‘ wiederzubeleben, die Spannung in Europa und in der Welt zu erhöhen, die Lösung akuter internationaler Probleme zu erschweren und um das Wettüben zu forcieren, sollte nicht vergessen, daß heutzutage, wo sich das Kräfteverhältnis in der Welt von Grund auf geändert hat, derartige Kalkulationen nichts Gutes verheißen.“ Vgl. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Nachlaß Kiesinger, Box 289; B 150, Aktenkopien 1968.

³ Vgl. dazu Dok. 239, Anm. 8.

menarbeit mit der Sowjetunion und schließlich auch eine entsprechende Übereinkunft mit der sowjetischen Regierung.

Die Bundesregierung habe weder Rumänien oder Jugoslawien, mit denen sie diplomatische Beziehungen aufgenommen habe, noch die Tschechoslowakei, mit der ein Handelsabkommen abgeschlossen worden sei⁴, irgendwie militärisch oder politisch gegen die Sowjetunion zu beeinflussen versucht. Sie gehe selbstverständlich davon aus, daß diese Länder Mitglieder des Warschauer Pakts sind und bleiben. Die Bundesregierung habe bei der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu den beiden erwähnten Staaten auch nicht verlangt, daß diese Länder ihren bisherigen Standpunkt, der übrigens mit dem sowjetischen Standpunkt identisch sei, nämlich „von der Existenz zweier deutscher Staaten auszugehen“, zu ändern hätten.

Alles, was diese Bundesregierung seit ihrem Bestehen unternommen habe, sei ein Versuch gewesen, die Beziehungen zu den östlichen Nachbarstaaten zu verbessern, Mißtrauen und Furcht zu beseitigen und das gegenseitige Verständnis zu fördern. Es habe nicht eine Aktion der Bundesregierung gegeben, die sich gegen die Interessen der Sowjetunion richten wollte oder gar gerichtet habe.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort und sagte, die aus der Sowjetunion kommende, gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichtete Kritik zielen vor allem auf die Vertriebenenverbände und die NPD ab. Dazu wolle er feststellen, daß es in der Bundesrepublik Deutschland eine demokratisch-parlamentarische Verfassung gebe, die derartigen Gruppen Meinungsfreiheit garantiere. Sollten jedoch solche Gruppen die Meinungsfreiheit in einer das Grundgesetz verletzenden Weise mißbrauchen, so werde die Bundesregierung energisch einschreiten. Im übrigen sei es nicht richtig, ein Land oder eine Regierung nach den Aktionen kleinerer Gruppen zu beurteilen. Das könne man auch in den USA nicht tun. Die Tätigkeit der Vertriebenenverbände gebe keinen Anlaß zu irgendeiner Sorge. Die Bundesregierung bemühe sich auch da – und nicht ohne Erfolg –, Einfluß im Sinne ihrer Friedenspolitik zu nehmen.

Was z. B. die Frage der Gebiete jenseits der Oder–Neiße–Linie anbelange, so habe er von Anfang an gewissermaßen eine Eskalation friedlicher Angebote vorgenommen. Sie alle hätten die Zustimmung der Vertriebenenverbände gefunden. Es gelte eine Lösung zu finden, die für beide Völker annehmbar wäre. Wenngleich auch eine Lösung erst im Zuge eines Friedensvertrags möglich sei, so habe er doch betont, daß die Bundesregierung schon heute bereit sei, mit Polen über diese Frage zu sprechen.

In diesem Zusammenhang wolle er feierlich folgendes erklären: Kein Mensch in der Bundesrepublik Deutschland denke hierbei an eine Regelung, die eine erneute Vertreibung von Menschen impliziere. Beginnend mit der Regierungserklärung⁵ seien die gegenüber Polen gemachten Angebote zur Regelung der strittigen Fragen gesteigert worden. Man könne also der Bundesregierung nicht den Vorwurf machen, daß sie sich nicht um eine friedliche Lösung dieses

⁴ Die Bundesrepublik und die ČSSR schlossen am 3. August 1967 ein Waren- und Zahlungsabkommen und vereinbarten den Austausch von Handelsvertretungen.

⁵ Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vom 13. Dezember 1966 vgl. BT STE-NOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3656–3665.

Problems gerade auch dem polnischen Volk gegenüber bemüht habe. Es wäre gewiß nützlich, diese Vorschläge einmal auf ihre praktische Bedeutung hin zu überdenken.

Dies gelte auch im Hinblick auf die Tschechoslowakei. Die Bundesregierung sei zwar, wie auch andere Länder, nicht in der Lage, das Münchener Abkommen rechtlich für ungültig zu erklären, betrachte es aber politisch gesehen für ungültig.

Im Rahmen der strittigen Probleme bleibe nur noch die deutsche Frage übrig. Die Bundesregierung und er selbst betrachteten es als ihre Pflicht, danach zu streben, daß die Deutschen eines Tages wieder in einem Lande vereinigt seien. An diesem Ziel müsse und werde die Bundesregierung festhalten. Er habe auch erklärt, daß die Bundesregierung beabsichtige, dieses Ziel nur auf friedlichem Wege, nämlich durch Verständigung, zu erreichen. Wenn es durch Verständigung nicht erreicht werden könne, dann gäbe es auch keine Lösung der deutschen Frage. Die sowjetischen Vorwürfe, die Bundesregierung wolle die Grenzen in Europa ändern, seien also unberechtigt.

Bei den zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland vorhandenen strittigen Fragen gehe es im wesentlichen also um die Anerkennung oder Nichtanerkennung eines zweiten souveränen deutschen Staates. Er glaube immer noch, daß die Sowjetunion das Ziel, die Deutschen in einem Land zu vereinigen, nicht negiere. Die Frage sei nun, ob es mit der Zeit gelingen werde, die Standpunkte einander anzunähern und gemeinsam Methoden für die Wiedervereinigung zu finden.

Im Hinblick auf die NATO sagte der Herr Bundeskanzler, er habe stets betont, daß er die NATO angesichts der Lage in der Welt als eine leidige Notwendigkeit betrachte, die ausschließlich Verteidigungszwecken diene. Die Bundesregierung würde niemals einer Politik zustimmen, die dieses Bündnis zu Aktionen gegen die Sowjetunion oder zur Lösung der deutschen Frage mißbrauche. Die Bundesregierung sei bestrebt, im Rahmen ihrer Möglichkeiten zur allgemeinen Abrüstung und zur Festigung des Friedens beizutragen.

Die Bundesrepublik Deutschland habe, getragen von der Sorge über die gegenwärtige Lage, die auch von ihren Verbündeten geteilt werde, eine Überprüfung der Verteidigungskraft der NATO in Erwägung gezogen. Eine derartige Überprüfung trage aber keinerlei offensiven oder feindseligen Charakter und sei auch keineswegs gegen die Sowjetunion oder die sozialistischen Völker gerichtet.

Der Herr Bundeskanzler sagte zusammenfassend, er habe heute seinen Standpunkt nicht nur deshalb so ausführlich dargelegt, weil er die andauernden sowjetischen Behauptungen, wonach die Bundesregierung eine aggressive, imperialistische, revanchistische und militaristische Politik betreibe, entschieden zurückweisen müsse, sondern weil er die sowjetische Regierung davon überzeugen wolle, daß die Bundesregierung eine ehrliche, auf den Frieden gerichtete Politik betreibe, die weder Gewalt noch List anwenden wolle, um eine Lösung der deutschen Frage durch Verständigung zu erreichen.

Die militärischen Anstrengungen der Bundesrepublik seien rein defensiver Natur. Man brauche doch nur einmal das Kräfteverhältnis zwischen der So-

wjetunion bzw. dem Warschauer Pakt und der Bundesrepublik Deutschland zu vergleichen, dann sei doch klar, daß die Verfolgung irgendwelcher anderer Ziele töricht sei. Die Bundesregierung wünsche offene, ehrliche und friedliche Beziehungen zur Sowjetunion und eine Verbesserung des Verhältnisses.

Er müsse allerdings gestehen, daß die ihm heute übermittelte Botschaft Sätze enthalte, die ihn mit großer Besorgnis erfüllten. Er bitte den Botschafter, einige dieser Sätze zu erläutern. Insbesondere denke er an die Stelle, wo es heiße: „Sollte die Bundesregierung ihre Absicht immer noch nicht aufgegeben haben, einen außenpolitischen Kurs zu steuern, der gegen dieses oder jenes sozialistische Land oder gegen die gesamte sozialistische Gemeinschaft gerichtet ist, so wird sie die Verantwortung für die Folgen eines derartigen Kurses zu übernehmen haben“.

Botschafter *Zarapkin* antwortete, die in diesem Satz enthaltene Aussage sei doch klar und verständlich. (Er verlas sodann nochmals den ganzen betreffenden Absatz.) Es habe in letzter Zeit einige Tatsachen gegeben, die für die sowjetische Regierung bei ihrer Beurteilung der Haltung der Bundesrepublik gegenüber der Sowjetunion während der Ereignisse in der Tschechoslowakei von großer Bedeutung gewesen seien. Die Bundesregierung habe eine Haltung eingenommen, die gegen die Sowjetunion und andere sozialistische Länder gerichtet gewesen sei. Man habe wohl auf die konterrevolutionären Kräfte gesetzt und geglaubt, die Gegensätze zwischen den sozialistischen Ländern ausnutzen zu können. Diese und andere Tatsachen müßten sowjetischerseits als ein Beweis dafür gewertet werden, daß der außenpolitische Kurs der Bundesrepublik gegen die sozialistischen Länder und die Sowjetunion gerichtet sei. Die Sowjetunion werde möglicherweise noch weiteres Material veröffentlichen, um diese Feststellung zu beweisen. Jedenfalls beruhe die sowjetische Beurteilung der Haltung der Bundesregierung hinsichtlich der jüngsten Ereignisse auf Tatsachen, es handele sich hierbei keineswegs um eine Propagandaaktion.

Botschafter *Zarapkin* fuhr fort und sagte, was er soeben ausgeführt beziehungsweise aus der Mitteilung zitiert habe, betreffe die Vergangenheit oder jüngste Ereignisse. Der Inhalt der übergebenen Mitteilung sei jedoch schwerpunktmäßig nicht auf die Vergangenheit, sondern auf die Zukunft gerichtet, und er wolle daher auf die entsprechenden positiven und konstruktiven Erwägungen in diesem Dokument hinweisen. Für die Bundesregierung gelte es nun, diese Erwägungen zu nutzen, und er wolle den Herrn Bundeskanzler bitten, die in dieser Mitteilung enthaltenen konstruktiven Gedanken sorgfältig zu wägen und zu prüfen und auch mit dem Bundeskabinett zu erörtern. Er hoffe, daß sich in der Bundesregierung eine vernünftige und nüchterne Beurteilung der Lage in Europa durchsetzen werde.

Anschließend zitierte er einen anderen Absatz aus der Mitteilung, worin es heiße: „Die Sowjetunion sucht keine Komplikationen mit irgendeinem Staat und auch nicht mit der Bundesrepublik Deutschland. Die reale Grundlage für eine derartige Verbesserung der Beziehungen kann jedoch nur darin bestehen, daß die Bundesrepublik Deutschland ihre Versuche, die in Europa bestehenden Grenzen zu ändern, die Sicherheit der sozialistischen Länder zu verletzen und sich in deren innere Angelegenheiten und in die Beziehungen der sozialistischen Länder untereinander einzumischen, in eindeutiger Form aufgibt.“ Im

übrigen wolle er auch noch auf den Schlußabsatz der Mitteilung hinweisen, den er anschließend zitierte.⁶

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er habe mit seinen Ausführungen bereits die wichtigsten der von Botschafter Zorapkin angeschnittenen Fragen beantwortet. Wenn er recht verstanden habe, handele es sich im wesentlichen um vier Punkte, und zwar um die Forderung der Sowjetunion, die Bundesrepublik Deutschland möge ihre Versuche aufgeben

- 1) die Grenzen in Europa zu ändern;
- 2) die Sicherheit der sozialistischen Staaten zu verletzen;
- 3) sich in die inneren Angelegenheiten sozialistischer Staaten einzumischen und
- 4) die Beziehungen der sozialistischen Länder untereinander zu stören.

Dazu wolle er folgendes feststellen: Die Bundesregierung habe nie versucht, irgendetwas zu unternehmen, was gegen die Sicherheit der sozialistischen Länder gerichtet gewesen sei. Sie habe sich auch nicht in deren innere Angelegenheiten eingemischt oder etwas unternommen, um die Beziehungen dieser Länder untereinander zu stören. Sie beabsichtige auch in Zukunft nicht, derartiges zu tun. Dies gelte sowohl in bezug auf die Ereignisse in der Tschechoslowakei als auch ganz allgemein.

Er wolle nochmals versichern, daß es ein gefährlicher Unsinn wäre, wenn die Bundesregierung mit ihrer Politik versuche, die Sicherheit der sozialistischen Länder zu gefährden oder ähnliche Schritte zu unternehmen. Es liege im Gegenteil im Interesse der Politik der Bundesrepublik Deutschland, daß nichts Derartiges geschehe. Er glaube daher nicht, daß es im Hinblick auf diese drei Punkte zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland zu Schwierigkeiten kommen könne. Somit bleibe nur noch die Grenzfrage.

Bereits zu Beginn des Gesprächs – so führte der Herr Bundeskanzler aus – habe er mit großem Ernst von der Eskalation seiner Äußerungen und Vorschläge im Zusammenhang mit der polnischen Westgrenze gesprochen. Wenn der Botschafter diese Äußerungen und Vorschläge mit früheren Erklärungen zu diesem Fragenkomplex vergleiche, so müsse er zugeben, daß die Bundesregierung eine gute und friedliche Lösung dieses Problems anstrebe. Außer dieser ungelösten Grenzfrage habe die Bundesrepublik Deutschland mit keinem Land irgendwelche Grenzprobleme.

Es bleibe also als ernstes Problem die Frage der deutschen Wiedervereinigung, zu der er sich ja ausführlich geäußert habe. Was er dazu gesagt habe, könne nicht als Wille zur Änderung der Grenzen gedeutet werden. Sein Wille und der

⁶ Im Schlußabsatz wurde ausgeführt: „Die sowjetische Regierung hat wiederholt erklärt, daß sie von dem Wunsche erfüllt sei, die zwischen ihr und anderen Ländern bestehenden Beziehungen auf der Grundlage der gegenseitigen Berücksichtigung legaler Ansprüche und Interessen zwecks Festigung des Friedens in Europa und in der ganzen Welt aufrechtzuerhalten und weiter zu entwickeln. Dies gilt natürlich auch gegenüber der Bundesrepublik Deutschland. Von der Regierung der Bundesrepublik wird es daher in erster Linie abhängen, wie sich der gegenwärtige Zustand und auch die Aussichten für die sowjetisch-westdeutschen Beziehungen entwickeln werden.“ Vgl. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Nachlaß Kiesinger; Box 289; B 150, Aktenkopien 1968.

Wille der Bundesregierung seien auf eine friedliche Überwindung der deutschen Teilung im Wege einer Verständigung gerichtet.

Der Botschafter dürfe glauben, daß das, was er soeben ausgeführt habe, der ehrliche und wirkliche Wille der Bundesregierung sei. Es bestehe somit keinerlei Grund, der Bundesregierung vorzuwerfen, daß sie durch ihre Aktionen die Beziehungen zur Sowjetunion belaste. Sie sei vielmehr bestrebt, diese Beziehungen zu verbessern; dies gelte auch für die Zukunft.

Der Bundeskanzler fuhr fort und sagte, er wolle nun noch ein offenes Wort zur tschechoslowakischen Frage sagen. Es würde eine beträchtliche Unterschätzung der Intelligenz der Bundesregierung bedeuten, wenn man ihr unterstellte, sie habe mit einem Sieg der konterrevolutionären Kräfte in der Tschechoslowakei gerechnet. Dies würde auch eine Unterschätzung des Friedenswillens der Bundesrepublik Deutschland bedeuten. Es sei richtig, daß die Bundesregierung in dem verflassenen Monat die Entwicklung der Ereignisse mit Sorge verfolgt habe, weil er – der Herr Bundeskanzler – sich sehr wohl habe vorstellen können, was die Sowjetunion vom Standpunkt ihrer Interessen billigen oder nicht billigen werde. Die Bundesregierung habe gehofft, daß es durch gemeinsame Anstrengungen gelingen werde, eine friedliche Lösung zu finden. Er hätte diese friedliche Lösung nur so sehen können, daß die Tschechoslowakei im Verband der sozialistischen Länder verbleibe. Er betone dies, weil durch gewisse Presseverlautbarungen möglicherweise ein anderer Eindruck habe entstehen können.

Botschafter *Zarapkin* erwiderte, wenn man sich die Reaktion in Westdeutschland auf die Ereignisse in der Tschechoslowakei insgesamt vor Augen halte, so müsse man zu dem Schluß kommen, daß diese Reaktion einen gegen die sozialistischen Länder und gegen die Sowjetunion gerichteten feindseligen Charakter habe. Dies sei eine unbestreitbare Tatsache.

Der Herr Bundeskanzler möge entschuldigen, wenn er, der Botschafter, mit einigen seiner Ausführungen nicht einverstanden sei. Der Bundeskanzler habe ausgeführt, die Politik der Bundesregierung richte sich nicht gegen eine sozialistische Tschechoslowakei und auch nicht gegen die Sowjetunion. Es gebe jedoch Tatsachen, die derartigen Behauptungen zuwiderliefen. Es sei für ihn bedrückend zu hören, wie der Bundeskanzler die Möglichkeiten für die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland beurteile. Der Herr Bundeskanzler habe ausgeführt, daß alles, was die Bundesregierung unternommen habe, gut für die deutsch-sowjetischen Beziehungen sei. Sie beabsichtige also auch in Zukunft so weiterzumachen und keine Änderung des außenpolitischen Kurses herbeizuführen. Die sowjetische Regierung beurteile die Situation anders. Er wolle daher dem Bundeskanzler nochmals nahelegen, das überreichte Dokument sorgfältig zu prüfen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, dies werde selbstverständlich geschehen. Wenn jedoch die sowjetischen Forderungen darauf hinausliefen, daß die Bundesregierung den Gedanken an eine Wiedervereinigung Deutschlands aufgeben solle, um bessere Beziehungen zur Sowjetunion herstellen zu können, so müsse er darauf antworten, daß die Bundesregierung dazu nicht in der Lage sei. Dieses Ziel beinhalte jedoch nichts Feindseliges gegen die Sowjetunion!

Botschafter *Zarapkin* erwiderte, dem Bundeskanzler sei doch die Tatsache bekannt, daß es einen zweiten deutschen Staat gebe, nämlich die DDR, der ein Glied der sozialistischen Gemeinschaft und Mitglied des Warschauer Vertrags sei. Der Botschafter zitierte sodann eine Stelle aus der Mitteilung, wo es heißt: „Niemandem wird es jemals gestattet werden, auch nur ein einziges Glied aus der Gemeinschaft der sozialistischen Länder herauszubrechen“.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, er habe den Sinn dieser Stelle sehr wohl verstanden, doch wolle er diesen Gedanken nicht vertiefen. Er spreche auch nicht von der Herauslösung der DDR aus der sozialistischen Gemeinschaft, sondern davon, daß es erforderlich sei, nach geeigneten Methoden zu suchen, um die Wiedervereinigung zu ermöglichen.

Anschließend fragte er den Botschafter, ob er aus dessen Äußerungen den Schluß ziehen solle, daß es ein neues Element in der sowjetischen Außenpolitik gebe, und zwar dahingehend, daß die Sowjetunion die deutsche Teilung als definitiv betrachte und jeden Versuch, die deutsche Teilung zu beseitigen, als eine feindselige Politik gegen die Sowjetunion und das sozialistische Lager ansehe.

Botschafter *Zarapkin* antwortete, es gehe um die gegenwärtige Lage in Europa. Diese Lage müsse von der Bundesregierung anerkannt werden. Der diesbezügliche sowjetische Standpunkt sei bekannt. Er hoffe, daß man die Außenpolitik der Bundesregierung überdenken und eine neue Beurteilung der Lage vornehmen werde. Sollte dies erfolgen, so werde es gute Aussichten für eine günstige Entwicklung des Verhältnisses zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland geben.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte abschließend, das heute überreichte Dokument werde Gegenstand einer eingehenden Prüfung sein und zu gegebener Zeit beantwortet werden. Im übrigen hoffe er, daß es gelingen werde, unter Berücksichtigung der beiderseitigen Standpunkte und mit gutem Willen auf beiden Seiten die Beziehungen in der Zukunft nicht noch mehr zu belasten, sondern im Gegenteil zu verbessern.

Botschafter *Zarapkin* bat den Herrn Bundeskanzler nochmals, seine besondere Aufmerksamkeit auf die positiven, konstruktiven Teile des heute überreichten Dokuments zu richten. Im übrigen hoffe auch er, daß es gelingen werde, Wege zu finden, die es gestatteten, unter Berücksichtigung der Interessen beider Länder und der realen Lage den Ausbau und die Verbesserung des Verhältnisses zwischen den beiden Ländern zu erreichen. Dies müsse, so schloß der Botschafter seine Ausführungen, „unsere wichtigste Aufgabe sein“.

Das Gespräch dauerte von 11 Uhr bis 12.40 Uhr.

Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Nachlaß Kiesinger, Box 289

Staatssekretär Lahr an Bundesminister Brandt, z. Z. Genf

St.S. 1402/68 geheim
Fernschreiben Nr. 330
Cito

Aufgabe: 3. September 1968, 13.14 Uhr

Für Minister

Betr.: Besuch der Brünner Messe¹

Herr Heipertz teilt mit gestrigem Fernschreiben² mit:

„In meinem heutigen längeren Gespräch mit Vizeaußenhandelsminister Babáček erneuerte dieser die Einladung an Herrn Staatssekretär Lahr³ zu einem Zusammentreffen anlässlich der Brünner Messe. Von ihm aus bestehe kein Grund, an den alten Verabredungen etwas zu ändern. Vizeminister Babáček geht davon aus, daß der inoffizielle Charakter der Begegnung in Brünn bestehen bleibt.

Diese überraschend positive Einstellung ist auf dem Hintergrund der augenblicklichen Tendenz zu sehen, unter allen Umständen den Eindruck zu vermitteln, daß ‚alles weitergehe‘. Inwieweit Babáček in der Lage sein wird, seine persönliche Einladung aufrechtzuerhalten, vermag ich im Hinblick auf die noch unklare Situation in der politischen Führungsspitze⁴ noch nicht abschließend zu beurteilen. Wir müssen uns gegebenenfalls darauf einstellen, daß die Einladung im letzten Augenblick zurückgezogen wird. Für diesen Fall möchte ich anregen, daß Staatssekretär Lahr ein paar Zeilen des Verständnisses an Herrn Babáček persönlich richtet.“

Ferner ist gestern der Leiter der tschechoslowakischen Handelsvertretung in Frankfurt auf Weisung des Außenministeriums und des Außenhandelsmini-

¹ Die Messe in Brünn fand vom 14. bis 24. September 1968 statt.

² Für den Drahtbericht Nr. 284 vom 2. September 1968 vgl. VS-Bd. 506 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1968.

³ Ministerialdirigent Heipertz, Prag, teilte am 12. Juni 1968 mit, daß der tschechoslowakische Stellvertretende Außenhandelsminister Babáček beabsichtige, Staatssekretär Lahr eine Einladung zur Messe in Brünn zu übermitteln. Vgl. den Drahtbericht Nr. 126; VS-Bd. 506 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1968.

Für das Einladungsschreiben von Babáček vom 10. Juli 1968 vgl. VS-Bd. 506 (Büro Staatssekretär).

⁴ Über die im Moskauer Kommuniqué vom 27. August 1968 festgelegten Beschlüsse hinaus verpflichteten sich die tschechoslowakischen Teilnehmer an den Verhandlungen – mit Ausnahme des Vorsitzenden der Nationalen Front, Kriegel, der die Unterschrift verweigerte – im geheimgehaltenen „Moskauer Protokoll“ vom 26. August 1968, die Beschlüsse des außerordentlichen XIV. Parteitags der KPČ für ungültig zu erklären, diejenigen Personen ihrer Ämter zu entheben, „deren weitere Tätigkeit nicht den Erfordernissen der Festigung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei entspricht“, Maßnahmen zur Kontrolle der Informationsmedien und „einige weitere kadermäßige Veränderungen in Partei- und Staatsorganen und -organisationen im Interesse einer Sicherung der Konsolidierung in Partei und Land vorzunehmen.“ Vgl. MLYNÁŘ, Nachtfrost, S. 342–346.

Das auf dem außerordentlichen Parteitag der KPČ am 21./22. August 1968 gewählte ZK löste sich nach Annullierung der Parteitagsschlüsse selbst auf. Am 31. August 1968 trat das alte ZK zusammen, in das 80 Delegierte regionaler Parteikonferenzen kooptiert wurden, und wählte ein neues Sekretariat sowie Präsidium.

steriums an das Amt mit der Frage herangetreten, ob ich nach wie vor bereit sei, der Einladung nach Brünn zu folgen.⁵

Da die Eröffnung der Brünner Messe inzwischen vom 7. auf den 14. September verlegt worden ist, sind wir in der Beantwortung frei. Ich könnte erklären, daß ich mich auf den 7. September eingestellt gehabt und für den 14. September anderweitig gebunden hätte. Für die Annahme der erneuerten Einladung spricht, daß wir damit offenbar einem Wunsch der tschechoslowakischen Regierung Rechnung tragen und wir unsere Verbundenheit mit der Tschechoslowakei, insbesondere unser Interesse an der weiteren Entwicklung unserer Handelsbeziehungen, ausdrücken. Gegen den Besuch spricht, daß die Anwesenheit eines hohen deutschen Beamten in Brünn von Moskau wahrscheinlich propagandistisch gegen uns und gegen die tschechoslowakische Regierung ausgewertet werden wird.

Ob andere westliche Regierungen etwa gleichrangige Vertreter entsenden, wird noch festgestellt.⁶ Würde ich mehr oder weniger der einzige hochrangige westliche Vertreter sein, würde dies ein zusätzliches Argument gegen die Reise bedeuten.

Herr Duckwitz ist der Auffassung, daß ich nicht reisen sollte. Ich selbst bin bereit zu reisen, wenn dies politisch für zweckmäßig gehalten wird, und möchte die Entscheidung in Ihre Hand legen.⁷

Das Bundeskanzleramt ist über die Angelegenheit unterrichtet.

Lahr⁸

VS-Bd. 506 (Büro Staatssekretär)

⁵ Auf die Anfrage des Leiters der tschechoslowakischen Handelsvertretung, Nový, antwortete Vortragender Legationsrat Döring am 2. September 1968, er könne „die Frage nicht sofort beantworten, da die Eröffnung der Brünner Messe vom 7. auf den 14.9. verschoben wurde“. Vgl. die Aufzeichnung von Döring; VS-Bd. 506 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1968.

⁶ Die Mehrzahl der NATO-Mitgliedstaaten kündigte in der Sitzung des Politischen Ausschusses am 3. September 1968 die offizielle Teilnahme an der Messe in Brünn an, wobei die Beteiligung an den üblichen nationalen Tagen „nur in einer Form in Frage komme, welche die politischen Schwierigkeiten der tschechoslowakischen Regierung voll in Rechnung stelle“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1308 des Gesandten Oncken, Brüssel (NATO); VS-Bd. 4307 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1968. Ministerialdirigent Heipertz, Prag, teilte dazu am 4. September 1968 mit, Frankreich werde eine „amtliche Repräsentanz“ entsenden. Die meisten westlichen Staaten würden davon absehen, einen „nationalen Tag abzuhalten und Empfang zu geben“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 277; VS-Bd. 506 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1968.

⁷ Am 6. September 1968 teilte Staatssekretär Lahr der Handelsvertretung in Prag mit: „Bitte Minister Babáček davon unterrichten, daß es mir leider nicht möglich ist, an der inzwischen auf den 14. [dieses] Monats verlegten Eröffnung der Brünner Messe teilzunehmen, da ich am 14. andere Verpflichtungen habe.“ Die Bundesrepublik sei aber weiterhin an den Handelsbeziehungen mit der ČSSR „lebhaft interessiert“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 188; VS-Bd. 506 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1968.

⁸ Paraphe vom 3. September 1968.